



FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

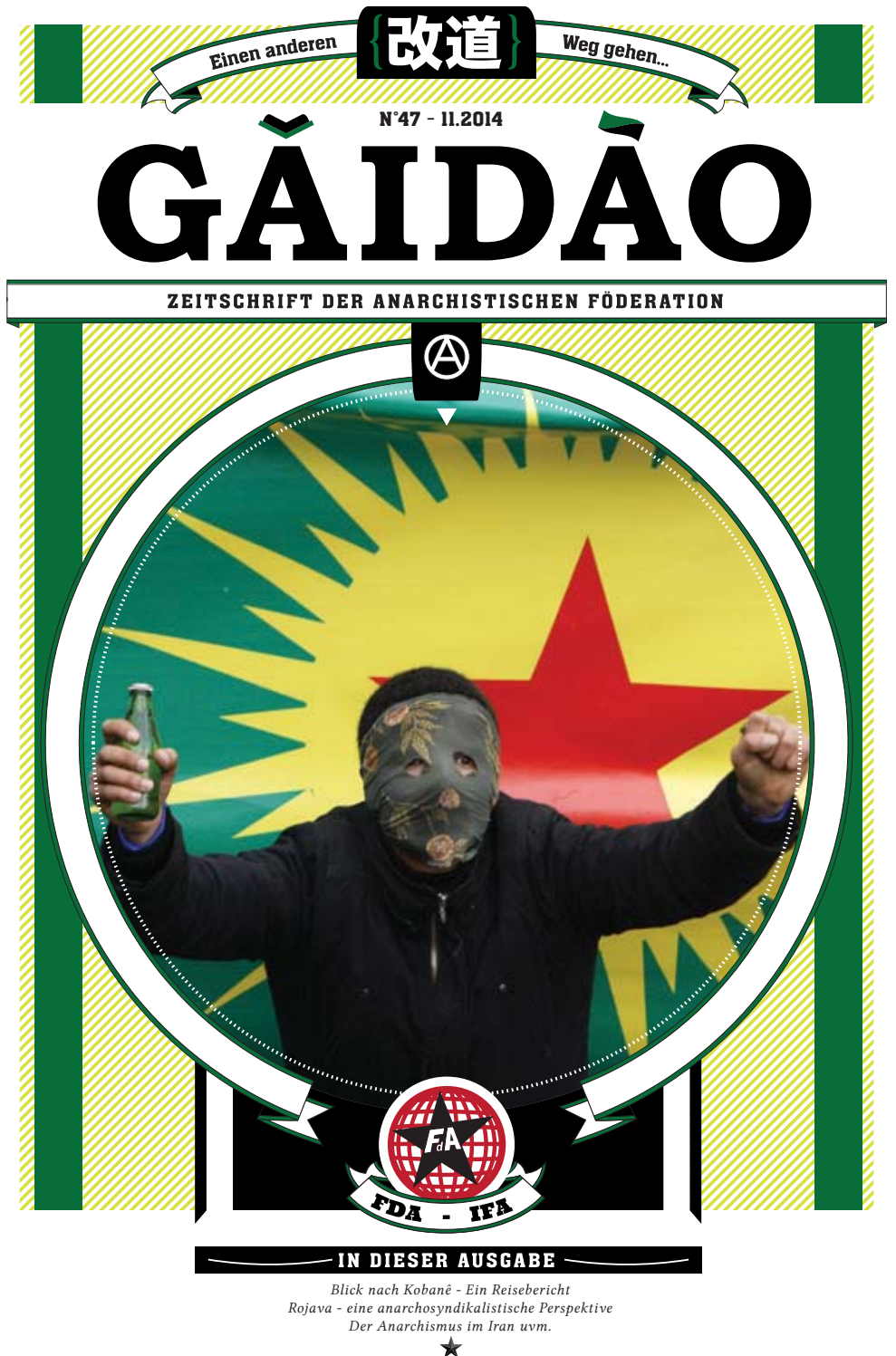
Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen Kontakt: fda-organisation@riseup.net www.fda-ifa.org	Anarchistisches Netzwerk Südwest* Kontakt: info@a-netz.org www.a-netz.org alertja Pforzheim Kontakt: alertja@kommunikationssystem.de www.alertjapforzheim.blogspot.de	Libertäre Gruppe Karlsruhe Kontakt: liba@riseup.net www.liba.tumblr.com Nigra Kontakt: nigra@riseup.net www.nigra.noblogs.org	Dresden AK Freizeit Kontakt: akfreizeit@riseup.net www.libertaeres-netzwerk.org IK Dokumentation www.libertaeres-netzwerk.org
Internationale der Anarchistischen Föderationen Kontakt: secretariat@i-f-a.org www.i-f-a.org	Anarchistische Gruppe Mannheim Kontakt: info@anarchie-mannheim.de www.anarchie-mannheim.de	ASJ Bonn Kontakt: asjbonn@riseup.net www.asjbonn.blogspot.de	Assoziierte Projekte Allgemeines Syndikat Dresden Kontakt: faudd@fau.org www.fau.org/ortsgruppen/dresden
A4-Druckereikollektiv (Zürich) Kontakt: info@a4druck.ch www.a4druck.ch	Anarchistische Initiative Kaiserslautern/Kusel Kontakt: anarchistischeinitiative@web.de www.anarchistische-initiative-kl.blogspot.de	ASJ Leipzig Kontakt: asj-leipzig@riseup.net www.asjl.blogspot.de	Anarchistisches Forum Köln Kontakt: a.f.koeln@riseup.net anarchistischesforumkoeln.blogspot.de
Berlin Anarchistisches Radio Berlin Kontakt: aradio-berlin@riseup.net www.aradio.blogspot.de	Anarchistisches Netzwerk Tübingen Kontakt: anarchistisches-netzwerk.t@riseup.net www.anarchistisches-netzwerk-t.blogspot.de	Initiative Anarchistische Föderation Nord Kontakt: freivereinbarung@riseup.net www.iafn.noblogs.org	e*vibes (Dresden) Kontakt: e_vibes@riseup.net evibes.blogspot.de
Gruppe X Berlin Kontakt: xfb@riseup.net	Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB) Kontakt: lb-hoch2@riseup.net www.libquadrat.org	Karakök Autonome Türkei/Schweiz Kontakt: laydaran@immeda.ch www.karakok.org	
Anarchistische Gruppe Neukölln Kontakt: agn-berlin@riseup.net www.anarchistische-gruppe.noblogs.org	Libertäre Gruppe Heidelberg Kontakt: libertaergruppe-hd@posteo.de www.anarchieheidelberg.blogspot.de	Libertäre Initiative Schleswig-Holstein Kontakt: nico@mynona.de	
Anarchistische Gruppe östliches Ruhrgebiet Kontakt: agoer@riseup.net www.afhrheinruhr.blogspot.de			



IN DIESER AUSGABE
Blick nach Kobanê - Ein Reisebericht
Rojava - eine anarchosyndikalistische Perspektive
Der Anarchismus im Iran uvm.

Editorial

Geschätzte Verächter*innen der Gesamtscheiße,

„Die verkackten Deutschen - nichts hat sich geändert!“ Beim Anblick der Bilder aus Köln drängt sich das Zitat aus The Big Lebowski, (by the way eine der schönsten, cineastischen Verneinungen des kapitalistischen Leistungsprinzips) mit voller Wucht und auf Dauerschleife in mein Gehirn. Tausende selbsterklärter „Hooligans gegen Salafisten“ marodieren volltrunken, unter Deutschlandfahnen, „Ausländer Raus!“-Parolen und archaischem „Auh Auh“-Gegrünze durch die Domstadt. Musikalisch untermalt wird das Schauspiel u.a. von der rechten Szenepremierkategorie C, die niveaull abgestimmte Textpassagen a la „Heute schlachten sie Schafe und Rinder, morgen vielleicht Christkinder“ ins Mikro jammern. Die neu erwachte, dummdenke Einheitsfront aus Fußball-Hoolgruppen, Rechtsparteien und Kameradschaftsnazis will in den kommenden Wochen auch in anderen Städten den Mob tanzen lassen. Schon allein das ist ein Grund für vielfältigen Protest und Widerstand.

Widerstand gegen HoGeSa bedeutet aber auch Widerstand gegen den Islamischen Staat. Und das bedeutet Solidarität mit den, im Norden Syriens und im Irak, kämpfenden Kurd*innen. Auch ohne kitschige Glorifizierung des kurdischen Kampfes als „die Neuauflage von Spanien 36“ (David Graeber), bedeutet dieser Kampf doch tatsächlich mehr als die häufige Wahl zwischen Pest oder Cholera. Schließlich verteidigt sich dort - zumindest in Rojava - keine bürgerlich-demokratische oder autokratische Gesellschaft gegen den Rückfall in eine (noch) schlimmere Lebenssituation. Verteidigt wird eine Form der Selbstverwaltung, die sich in den letzten Jahren - von der westlichen Linken - weitestgehend unbemerkt entwickelt hat und die, trotz aller berechtigten und notwendigen Kritik, vieles von dem bereits praktisch umgesetzt hat, was hierzulande allenfalls in theoretischen Strategiepapieren für das Jahr X nach dem Sankt Nimmerleinstag diskutiert wird.

Es bleibt zu hoffen, dass nicht nur Kobanê verteidigt und der IS zurück geschlagen werden kann, sondern das darüber hinaus das spannende Projekt des Demokratischen Konföderalismus kein Bauernopfer dieses Konfliktes wird.

In diesem Sinne: Halt stand Kobanê und euch einen ereignisreichen November.

cln für die Redaktion

Impressum:

Herausgeber*innen:
V.i.S.d.P.:

[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
Gai Dào
c/o Alarm e.V.
Postfach 10 01 61
77621 Offenburg
Eigenverlag
monallich
redaktion-gaidao@riseup.net

Druck und Verlag:
Erscheinungsweise:
Kontakt:

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipien im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.



Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao



FdA hautnah

Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen.

BERLIN

Offener anarchischer Stammtisch

4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr
Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg (U1 Eberswalder Str.)

Termine der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)

jeden 2. Freitag im Monat ab 21 Uhr Tresen
jeden 3. Dienstag im Monat ab 21 Uhr Vokü
-> F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)
jeden 4. Freitag im Monat ab 21 Uhr Tresen
-> Braunschweigerstr. 53-55 (U / S Neukölln)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin

Jeden 1. des Monats mit einem ersten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats.
radio.blogspot.de

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen

Auf Anfrage mit mindestens 3 Wochen Vorlauf (akfreizeit@riseup.net)
Wanderungen, Übernachtungen, politische-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden

Jeden 2. Mittwoch im Monat, 20 Uhr in der Kneipe „Hedebis“
Rothenburger Straße, Dresden-Neustadt

Soli-Kneipe und Kultur-Tresen des Allgemeinen Syndikats Dresden

Jeden 4. Freitag im Monat, 20 Uhr, im Hausprojekt WUMS e.V.
Columbusstraße 2, Dresden Löbtau

Probe des libertären Chors des AK Freizeit

Jeden 4. Freitag im Monat, 18 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden Löbtau

caféin - feminismus zum kennen lernen

Jeden 3. Sonntag im Monat, Brunch ab 14 Uhr, Input ab 16 Uhr
(manchmal mit Anmeldung, manchmal kurzfristige Änderung, also lieber nochmal online checken: evibes.blogspot.de/cafein)
kosmoteque, Martin-Luther-Straße 13, Dresden-Neustadt

HEIDELBERG

A-Kneipe

Jeden 1. Samstag im Monat, ab 19:30 Uhr
im Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg-Altstadt

KAISERSLAUTERN

Anarchistisch-Kommunistischer Stammtisch der Anarchistischen Initiative Kaiserslautern/Kusel

Jeden 2. Mittwoch im Monat um 18:00 Uhr im GI Café Clearing Barrel in der Richard-Wagner-Straße 48, Kaiserslautern

KARLSRUHE

Offenes Plenum der Libertären Gruppe Karlsruhe

Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr
in der Viktoriast. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio

Jeden 2. Sonntag um 18 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

LEIPZIG

Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)

Jeden Montag ab 20 Uhr in der Libelle, Kolonnenstraße 19, 04109 Leipzig

ASJ VEKU (Vegane Küche)

Jeden 1. Samstag im Monat 20 Uhr in der Libelle, Kolonnenstraße 19, 04109 Leipzig

Minijobberatungsstunde der ASJL

Jeden 2. und 4. Montag 19-20 Uhr in der Libelle, Kolonnenstraße 19, 04109 Leipzig

LUDWIGSBURG

Anka L - das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)²

Jeden 4. Mittwoch

im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

MANNHEIM

Volxküche der Anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM)

Jeden 1. Sonntag ab 19 Uhr
im ASV, Beilstraße 12 (Hinterhaus), 68159 Mannheim

PFORZHEIM

Jeden Dienstag Lesekreis in der alten Fabrik

Bitte vorher anmelden unter: alertja@kommunikationssystem.de

WITTEN (Ruhrgebiet)

Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe östliches Ruhrgebiet

Jeden letzten Freitag im Monat, ab ca. 19:00 Uhr
Trotz allem, Augustastraße 58, Witten

ANARCHIE IN STEREO

DER LIBERTÄRE PODCAST

Der monatliche Rückblick des Anarchistischen Radios Berlin auf die ernstesten und skurrilsten Themen des Vormonats

VORAUSSICHTLICH IN DER AKTUELLEN AUSGABE:

- ◆ Berlin – Lärmdemo und Spekulantenhopping
- ◆ Der Großstadtschmelge und die Gefahr durch Militarität
- ◆ Iran – Squatting inklusive
- ◆ Wo herrscht Anarchie
- ◆ Eine Musikkritik – Tintenwolf
- ◆ Linktipps – Infos gegen Aufwertung, Verdrängung und Widerstand im Kreuzberger Kiez

OKTOBER 2014

DOWNLOAD UND STREAM
RADIO.BLOSSPORT.DE

ANARCHISTISCHES RADIO BERLIN

GAI DÀO ABONNIEREN

3 Monate: 6,00€ | 7,50€ | mind. 8,00€
6 Monate: 12,00€ | 15,00€ | mind. 16,00€
12 Monate: 24,00€ | 30,00€ | mind. 32,00€

(Preise: Prekär | Normal | Soli und zsgl. Versand)

Konto:
Be the media
Ktn.: 0004764986
BLZ: 83065408
Deutsche Sparkasse

Für Spenden bitte einen entsprechenden Verwendungszweck angeben!

abo-gaidao@riseup.net
info@a4druck.ch (Schweiz)

Inhalt

FdA/IFA

- 04** *Gegen den Terror von Staat und Religion*
Freiheit für die Menschen in Kobanê - Aufruf zu Spenden und Solidaritätsaktionen

Weltweit

- 05** *Blick nach Kobanê*
Reisebericht eines anarchischen Aktivisten
- 08** *Rojava: Eine anarchosyndikalistische Perspektive*
Ein Überblick über die politische Situation und die Selbstverwaltungsstrukturen
- 11** *Over the walls of nationalism*
Bericht zur vergangenen Balkan Anarchist Bookfair in Bosnien
- 13** *Für eine Anarchistische Föderation der Karibik*
Ein Kommuniqué zweier Gruppen aus der Dominikanischen Republik und Kuba
- 15** *Der Anarchismus im Iran*
Interview mit einer iranischen Anarchistin

Bewegung

- 17** *Pinnwand*
Nachrichten in aller Kürze

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Analyse & Diskussion

- 18** *„Werter Alt-Anarchist“*
Eine Antwort auf den Artikel „Gegen den Isolationismus der Gruppen gegen Kapital und Nation“.
- 21** *Streik? Rebellion!*
Für die Neubestimmung eines Werkzeuges

Kultur und Alltag

- 23** *Antisemit, das geht nicht unter Menschen. (II)*
Auszüge aus einem neu erschienenen Sammelband

Geschichte

- 28** *Gustav Landauers Stellung zum Weltkrieg*
Teil 2 der Artikelreihe
- 31** *Von der Geschichte lernen: Anarchismus heute*
Wider der Geschichtsvergessenheit

Termine

- 35** *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.



Gegen den Terror von Staat und Religion - Freiheit für die Menschen in Kobanê!

Seit fast einem Monat bekämpft der Islamische Staat (IS) in Rojava die kurdischen Menschen und die von ihnen geschaffenen Selbstverwaltungsstrukturen. Angesichts der dramatischen Lage in der Stadt Kobanê und der Flüchtlinge an der türkischen Grenze ruft die Internationale der Anarchistischen Föderationen (IFA) zu Solidaritätsaktionen auf.

In Rojava (auch West-Kurdistan) auf syrischem Staatsgebiet attackiert der Islamische Staat (IS) die Stadt Kobanê nahe der Grenze zur Türkei und die Bevölkerung ist nun direkt mit der Brutalität dieser autoritären und aufklärungsfeindlichen Macht konfrontiert.

Kurdistan ist ebenso wie andere Regionen von der Gewalt des Islamischen Staates betroffen. Der Widerstand der Bevölkerung ist bewundernswert. Sie ist die wirklich fortschrittliche Kraft. Von den militärischen Spielen der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und regionaler Mächte ist freilich nichts zu erwarten. Diese verschiedenen beteiligten Staaten nutzen die Region als Schlachtfeld zur Durchsetzung ihrer Interessen und verkaufen ihre Waffen.

Die Rolle der religiösen Regierung der Türkei in der Region ist dabei ausschlaggebend. Sie verhindern mit Gewalt die Einreise flüchtiger Familien, lassen aber islamistische Kämpfer nach Syrien. Es ist offensichtlich, dass die türkische Regierung tatsächlich im Krieg mit der kurdischen Bevölkerung ist.

In den kurdischen Regionen wird, trotz des Kriegs, eine so proklamierte „demokratische Revolution“ sichtbar, die dem Konzept des „Demokratischen Konföderalismus“ angetan ist. All dies bestärkt uns, unsere Arbeit und unsere Unterstützung für die Menschen in Kurdistan und anderswo, die gegen religiöse Barbarei und staatliche Unterdrückung kämpfen, fortzusetzen. Von diesem Standpunkt aus sind wir gegen militärische Interventionen durch Welt- oder Regionalmächte. Wir wissen, dass jede staatliche Intervention sich gegen soziale Veränderungen richten wird.

Frauen sind stark in alle gesellschaftlichen Bereiche und in die Widerstandsgruppen involviert. Es ist eine Revolution der Frauen gegen

das Patriarchat und die feudale Gesellschaft. Das ist wohl einer der wichtigsten Aspekte dieses Prozesses.

Anarchist*innen aus der Türkei helfen den Flüchtlingen und unterstützen diejenigen, die gegen den Vormarsch des islamischen Staates kämpfen. Wir rufen alle anarchischen Organisationen dazu auf, Demonstrationen zu organisieren und ihre Unterstützung draussen auf der Straße und überall kund zu tun, Informationen zu verbreiten und eine direkte Unterstützung der anarchischen Organisationen in der Türkei, Kurdistan und überall, wo gegen religiöse Barbarei und staatliche Unterdrückung gekämpft wird, aufzubauen.

Für die Emanzipation der Menschen und die internationale Solidarität

CRIFA (Delegiertentreffen der Internationalen der Anarchistischen Föderationen)
Rom, 4-5 Oktober 2014

SPENDENKONTO

Empfänger: Alarm e.V.
IBAN: DE26 6645 0050 0004 8736 51
BIC: SOLADES10FG
Bank: Sparkasse Offenburg
Stichwort: Kobane

Das Geld geht an die Gruppe Devrimci Anarşist Faaliyet (DAF, dt.: Revolutionäre Anarchistische Aktion), die seit Wochen beiderseits der Türkisch-Syrischen Grenze mit humanitärer Hilfe und Aktionen in Erscheinung tritt. Die DAF unterstützt weder den Türkischen noch Islamischen Staat und steht keiner Partei nahe. Sie setzt sich für die Menschen in Not ein und fördert Aufbau und Verteidigung der selbstorganisierten emanzipatorischen Strukturen vor Ort.

irgendwie gearteten biologischen Determinismus immer deutlicher abzuzeichnen). Bereits der Vater des Anarchismus, William Godwin, der gemeinsam mit dem Franzosen Proudhon, der als erster das Wort „Anarchismus“ verwendete, der Aufklärung verbunden war und dessen Ideen (trotz der Vorwürfe, der Anarchismus wäre zu optimistisch im Bezug auf die Natur des Menschen) später wieder aufgegriffen wurden, hatte darauf hingewiesen, dass es keine menschliche Natur vor dem sozialen Leben gibt – weder in ihrer positiven (Rousseau⁶) noch in ihrer negativen Variante (Hobbes⁷). Wenn wir erstmal die Determinismen – egal welcher Natur sie sein mögen – beiseite legen, die der Frühaufklärung durchgerutscht sind (erinnern wir uns, dass der Anarchismus mit der Aufklärung entstanden ist), können wir die Klarheit des Autors von „Politische Gerechtigkeit“⁸ schätzen lernen und die Idee berücksichtigen, dass der Mensch durch die Gegenwart einer sehr realen Welt determiniert wird. Das sind Premissen, die noch immer für gültig halte – wie sollte es auch anders sein? – das Vertrauen in die intellektuelle Entwicklung des Menschen und in die Fähigkeit der Vernunft (hier treffen wir eine andere Wurzel des Anarchismus, bei Kant als grundsätzlichen Reformator der praktischen Philosophie).

Ich habe all diese Beispiele der libertären Tradition nicht mit der Absicht vorgebracht, übermäßig zu intellektualisieren oder zu theoretisieren (dafür gibt es Platz in anderen Texten), sondern um kurz zu zeigen, dass das anarchische Grundgerüst sehr solide ist. Es handelt sich nicht um eine „tausendjährige“ Doktrin (eine Konzeption, die im Übrigen religiös ist und auf den Sachverhalt anspielt, dass ein vorgeblich glückliches Ende nach dem Triumph der Revolution bevorsteht) von Verrückten oder Erleuchteten, wie von ihren Feinden gerne behauptet. Der Anarchismus ist eine Art und Weise, wie wir Geschichte betrachten und von ihr lernen können statt „in der Ver-

gangenheit zu leben“, zu wissen, was wir sind – nämlich ein Produkt dieser „sehr realen Welt“, in der wir leben, was in unserer Gesellschaft – der sogenannten „Ersten Welt“ – leider mit einer erheblichen Infantilisierung, einer Verneinung der Vergangenheit (zuweilen sogar der ganz unmittelbaren Vergangenheit, ohne gleich wieder vom grundlegenden „historischen Gedächtnis“ sprechen zu wollen) und einer konstanten Bekräftigung einer leeren Gegenwart einhergeht. Die großen Fragen der Menschheit scheinen daher praktisch unberührt in einer Zivilisation, die vor zwei Jahrhunderten ihre ganze Hoffnung auf die technische und wissenschaftliche Entwicklung gerichtet hatte und die leider einen Irrweg in den Händen des Kapitalismus eingeschlagen hat. Die anarchischen Werte (die sich auf die Entwicklung der Vernunft stützen und die darauf setzen, dass Wissenschaft und Technik in der Lage sind, der Gesellschaft größeren Wohlstand zu beschermen), die – eng gefasst – zu eben jenem Zeitpunkt geboren wurden, aber schon zuvor in latenter Weise während der gesamten Menschheitsgeschichte präsent waren, können stolz auf ihre Vergangenheit blicken und aufzeigen, dass ihr Weg noch immer der beste ist.

Weitere Informationen

- ◆ Ursprünglich veröffentlicht: November 2007 in der Zeitschrift der Anarchistischen Iberischen Föderation, Tierra y Libertad Nr. 232
- ◆ Internetquelle: http://acracia.org/Acracia/Aprender_de_la_historia



Anzeige



Anzeige



die durch die Reaktion gebrochen wurde und die uns doch als Richtschnur für eine bessere Zukunft in Erinnerung bleiben sollte), wo der Faschismus, im Gegensatz zu anderen Ländern, nicht besiegt werden konnte, wo die Erb*innen vermutlich den Hauptteil der Politik in diesem Land ausmachen und wo nach dem Tod des Diktators, in mehrerer Hinsicht, eine Kontinuität besteht.

Keihen wir zurück zur Frage des Anarchismus und seine Sicht auf die Geschichte sowie zur Frage nach der Vergangenheit, mit der dieser Text begonnen hat. Rudolf Rocker hat es vor Jahrzehnten (und ihr werdet sehen, wie seine Analyse genau unseren Zeitgeist trifft) auf wunderbare Weise mit den Worten formuliert⁵, wonach der Anarchismus „eine bestimmte Richtung in der historischen Entwicklung der Menschheit“ und kein „bestimmtes, geschlossenes soziales System“ sei: „Auch Freiheit“, so der Deutsche weiter, „ist nur ein relatives, kein absolutes Ziel, da sie dauernd dazu neigt, ihren Bereich zu erweitern und auf weite Kreise in mannigfaltiger Weise einzuwirken.“ Es ist die Aufgabe anarchistischer Männer und Frauen, an jedem Ort und zu jeder Zeit, vor jeder Art von politischer, wirtschaftlicher oder kirchlicher Vormundschaft zu fliehen und das Konzept der Freiheit zu konkretisieren, verstanden als die vollständige Entwicklung jedes einzelnen Individuums zum Wohle der Gesamtgesellschaft. Der Anarchismus kann nie primitiv oder utopisch sein, weil er die Formen der Unterdrückung jeder Zeit und jeder Gesellschaft analysiert und neue Antworten entwickelt (diese können und müssen die Vergangenheit verstehen, aber niemals deren Sichtweisen und Formen zu einer sozialen Doktrin erklären). Deshalb tragen die libertären Ideen die Zukunft bereits in sich – obwohl es notwendig ist zu betonen, wenn wir die Geschichte der Klassenkämpfe Revue passieren lassen, dass es nicht darum geht, einen wissenschaftlichen oder deterministischen Charakter der Analyse anzustreben (das Wort Sozialismus ist bereits stark von der Sichtweise getrübt, dass es sich dabei um ein Paradies handelt, dass am Ende erreicht werden soll). Vielleicht wollte Rocker mit seinen Ausführungen von der „historischen Entwicklung“ und „der Richtung der Menschheit“ klarstellen, dass der Anarchismus in jeder Epoche und in jedem Gesellschaftsmodell als konstantes Spannungsmoment funktionieren solle, um jede Zwangsautorität und alle Formen der Unterdrückung zu beenden.

Trotz aller technischen und wissenschaftlichen Entdeckungen, scheint unser Wissen über die menschliche Natur nicht großartig vorangeschritten zu sein (vielmehr scheint sich die Abwesenheit eines

[3] Ann. d. U.: Juan Carlos I. wurde vom Diktator 1969 per Gesetz zum König über Spanien ernannt, der nach seinem Tod herrschen sollte. Dem König wird in der bürgerlichen Sichtweise eine fast mythische Rolle beim Übergang ab 1975 (der „Transition“) zum heutigen System einer parlamentarischen Monarchie zugeschrieben. [4] Ann. d. U.: Die nationalkonservative Volkspartei, die aus dem Franquismus hervorgegangen ist. [5] Rudolf Rocker (1947): Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus (zitiert aus: <http://www.anarchismus.de/medien/rocker.htm>) [6] Jean-Jacques-Rousseau, siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Jean-Jacques_Rousseau#Menschenbild [7] Thomas Hobbes, siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Hobbes#Ethik [8] William Godwin (1792): Enquiry Concerning Political Justice



Blick nach Kobanê - ein Reisebericht

Ein Aktivist der schweizerischen Gruppe Karakök Autonome, berichtet sehr eindrucksvoll von der türkischen Grenze zu Kobane. Neben einem Überblick der aktuellen Lage und einem Einblick in die Repression durch den türkischen Staat, hat er die geflohenen Menschen vor Ort über die Selbstverwaltungsstrukturen befragt.

★ von Karakök Autonome

Nun bin ich in Suruc angelangt, einer Stadt in der Türkei, welche die Grenze zu Syrien bildet. Der Krieg ist allgegenwärtig. Hier ist das türkische Militär präsent mit seinen Panzern und Wasserwerfern. Die Bevölkerung im Dorf, in welchem ich mich aktuell aufhalte, besteht manchmal nur aus einigen Hundert Menschen, manchmal sind es mehrere Tausend. Viele flüchten von hier, viele kommen aber auch, weil sie über die Grenze möchten, um sich dem Widerstand in Kobane anzuschließen, in den Reihen der YPJ/YPG zu kämpfen, Lebensmittel zu bringen, mit anzupacken, auf irgendeine Art zu helfen. Es herrscht eine ständige Fluktuation. Immer wieder geht das türkische Militär zum Angriff über, setzt Wasserwerfer oder Tränengas ein, um die Menschen von hier zu vertreiben. Die Türkei möchte eine Unterstützung der kurdischen Kämpfer*innen möglichst verhindern. Hunderttausende von Menschen sind bereits von Kobane in die Türkei geflüchtet. Die Menschen in Suruc haben ihre Häuser für die Flüchtlinge geöffnet. In jedem Haus leben Dutzende bis mehrere Hundert Menschen. Trotz des Mangels am Notwendigsten geht das Leben weiter. Den ganzen Tag wird diskutiert, Informationen über die aktuellsten Entwicklungen in Kobane werden weiter erzählt. Die Ereignisse ändern sich von Minute zu Minute. Niemand hier hat eine Ahnung, was bis morgen geschehen wird. Es wird aber auch viel gelacht, trotz allem. Der Umgang untereinander ist sehr herzlich, alle sorgen sich um alle, jeder hilft dem anderen, niemand wird alleine gelassen. Man teilt das Wenige, das man hat.

Ich erfahre, dass der IS gestern durch unterirdische Wasserschächte ins Stadtzentrum von Kobane gelangt ist. Dort konnte die YPG den Einmarsch jedoch erfolgreich abwehren, so dass die IS-Kämpfer zurück in die Wasserschächte geflüchtet sind. Diese wurden dann in der Nacht durch die USA und Frankreich bombardiert. Jeden Tag beginnen abends um 16-17 Uhr die Kämpfe zwischen YPG und IS.

Nachts hingegen werden jeweils Bomben durch die USA und andere Regierungen, welche die „Allianz gegen den IS“ bilden, abgeworfen. Tagsüber kreisen US-Flugzeuge über der Stadt. Da die Region eine Ebene ist, höre und sehe ich die Flugzeuge, die Bomben, den Rauch von hier aus, die Geschehnisse sind nur wenige Hundert Meter entfernt. Auch sehe ich den Hügel, welcher letzte Woche in die Hände des IS gelangte. Es handelt sich um einen strategisch äußerst wichtigen Hügel, da von dort die ganze Stadt Kobane beobachtet werden kann. In den Medien waren letzte Woche Bilder von Flugern, welche der IS hier gehisst hatte. Mittlerweile konnte der Hügel wieder rückerobert werden und ist in den Händen der YPG. Trotzdem ist er aktuell menschenleer. Dies wohl deshalb, weil sich in rund 100 Meter Entfernung ein weiterer Hügel befindet, welcher durch das türkische Militär besetzt ist.

Ich spreche mit Menschen aus Kobane, die hierher nach Suruc geflüchtet sind. Sie erzählen mir von den Volksversammlungen, von den Selbstverwaltungsstrukturen. Bevor ich kam, war ich nicht sicher, ob die Berichte stimmen, die wir hören und lesen. Könnte es sein, dass die Erzählungen von Rojava, der befreiten Region, beschönigt werden? Dass mir Bewohner*innen davon berichten werden, dass die Selbstverwaltungsstrukturen gar nicht den ganzen Alltag prägen, sondern nur am Rande vorhanden sind, während Parteien die wesentliche Regierung bilden? Fragen über Fragen... Als ich jedoch mit den Bewohner*innen spreche, merke ich, dass meine Zweifel nicht berechtigt sind – im Gegenteil: ich entwickle noch größere Achtung vor den Entwicklungen hier, als ich die Berichte direkt aus erster Hand, von Jugendlichen, Frauen oder Geiseln höre. Sie schildern mir die Volksversammlungen, davon, dass alles im Kollektiv besprochen und entschieden wird, dass die gesamte Verwaltung von unten ausgeht, von den Frauenkomitees, von den Kommunen. Mich verblüfft

jedoch, dass die Strukturen für die Bewohner*innen von Rojava gar nicht so bedeutend sind, wie dies für uns aus Tausenden Kilometern Entfernung oft ist. Für sie ist es Alltag. Sie sprechen nicht von einer Revolution, sondern berichten einfach über etwas, das für sie selbstverständlich und alltäglich ist. Es ist nichts Besonderes dabei. Eine ältere Frau erzählt mir von den Strukturen in Rojava und malt damit ein Bild einer realen libertären Gesellschaft, ohne jedoch mit theoretischen Begriffen oder Namen irgendwelcher libertärer Gurus um sich zu werfen. Vermutlich kennt sie diese auch gar nicht und es spielt auch gar keine Rolle. Begriffe und Namen sind überflüssig, wo etwas Realität ist.



Aufeinandertreffen der Solidaritätskundgebungen mit Bewohner*innen in Rojava. Foto: Karakök Autonome

Weiter fällt mir auf, dass manche bewusst hinter den Strukturen in Rojava stehen. Manche jedoch finden die ganze Sache alles andere als toll. Eine aus Kobane geflüchtete Bewohnerin sagt mir, sie wüsche sich, dass in Rojava ein Staat errichtet wird. Als ich sie frage, weshalb, meint sie: „Dann müssen wir nicht immer alles selber machen, sondern die Politiker können das Wesentliche organisieren und entscheiden“. Ein Staat würde der Bevölkerung zudem Schutz bringen, ist sie überzeugt: „Hätten wir einen Staat, würden wir nun nicht von allen Seiten angegriffen oder wir hätten zumindest Unterstützung durch andere Staaten“. Weiter berichtet sie, dass sie 90% des Ertrags ihres Nutzlades habe an Regionen, die über keine Landwirtschaft verfügen, abgeben müssen. Dies, weil in der Volksversammlung entschieden worden sei, dass die Güter möglichst gleichmäßig verteilt werden, um die Bedürfnisse aller decken zu können. Es sollte kein Überfluss an einem Ort und ein Mangel an einem anderen Ort entstehen. Die Frau, mit der ich spreche, würde aber lieber den ganzen Ertrag für sich behalten – oder zumindest einen größeren Teil. Ich sehe, wie lebendig die Umwälzung in Rojava ist und welche Disparitäten sie auch in sich hat. Unter einer Diktatur würden alle gleich denken. Hier gibt es verschiedene Ansichten, die auch offen kommuniziert werden. Ich weiß von einer Umfrage, welche in Rojava vom Komitee für Forschung und Statistik durchgeführt worden war. Ziel war es gewesen, zu eruieren, welches politische System sich die Bewohner*innen wünschen. Fast 70% standen hinter der Idee des Demokratischen Föderalismus. Rund 30% wünschten sich ein anderes System, beispielsweise einen islamischen oder nationalistischen Staat oder ein kapitalistisches System. Trotz allem besteht die Region seit nunmehr einem Jahr und erweist sich als stärker, als von allen eingeschätzt. Als der IS in Kobane einmarschierte, gingen alle davon aus, dass die Stadt in wenigen Tagen eingenommen werden würde. Doch die Bevölkerung leistet Widerstand. Alle halten Wache, haben sich bewaffnet. Nun ist der IS auf dem Rückmarsch, immer mehr Teile von Kobane werden rückerobert. Es geht weiter.

In Suruc herrscht Ausnahmezustand. (Teil 2)

Rund 160'000 Zelte verteilen sich in der Stadt, voll von Flüchtlingen, die Kobane hinter sich gelassen haben. Die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Bereich sind aufgehoben: Alle Türen in der Stadt stehen offen, alles gehört allen. Alle Häuser der Stadt bieten Flüchtlingen Unterschlupf, selbst die Moscheen wurden zu Nachtlagern umfunktioniert. Tagsüber liest der Imam den Ezan, nachts

hingegen schlafen Hunderte, Tausende Menschen hier. Selbst im Totensaal liegen Schlafsäcke oder Decken am Boden, die Flüchtlingen oder Stadtbewohner*innen eine Schlafgelegenheit bieten. Niemand schläft zweimal im selben Bett, sondern legt sich dort zur Ruhe, wo es sich gerade ergibt. Im Schlafsack, in welchem ich gestern gekleinete habe, schläft heute bereits jemand anderer. Das spielt aber keine Rolle, denn ich werde auch so irgendwo einen Schlafplatz finden. Wer gerade zwei Decken hat, teilt eine. Es fühlt sich an, als seien alle hier seit Jahren enge Freund*innen, trotz oder gerade in Angesicht der tragischen Umstände.

In Suruc gibt ein staatliches Krankenhaus. Vor dem Notfallempfang steht ein Zelt, in welchem freiwillige Helfer*innen arbeiten, beispielsweise Pfleger*innen oder Ärzt*innen aus anderen Städten. Vor dem Empfang stehen aber auch die türkische Polizei und das Militär mit Panzern bereit und bewachen das Geschehen. Niemand kann vorbei, ohne an ihnen vorbei zu kommen. Als ich versuche, ein Foto vom Notfallempfang zu schießen, möchte die Polizei meine Kamera beschlagnahmen. Im Gemenge kann ich untertauchen und verstecke mich in der Cafeteria. In erster Linie versucht die Polizei aber, Verletzte aus den Reihen der YPJ/YPG abzufangen, die hierher gebracht werden. In jüngster Zeit gab es 8-9 Festnahmen, da es vor dem Notfallempfang oft zu unfreiwilligen Identifikationen durch bestürzte Szenen von Angehörigen kam. Durch Angehörige, die ihrem Schock laut Luft verliehen oder anderen mitteilten, was geschehen ist, konnte die Polizei erfahren, wer zu den Verletzten gehörte. Daher werden mittlerweile Verletzte mit Tüchern verdeckt ins Spital transportiert. Die Polizei kann die Gesichter dadurch keinen Namen zuordnen und weiß nicht, um wen es sich bei den Verletzten handelt. Früher wurde der Transport von Verletzten ins Spital oft durch die Polizei verhindert, so dass viele Menschen an der Grenze verstarben. Aktuell ist der Durchgang ins Spital erlaubt. Was morgen sein wird, weiß niemand, alles kann sich von einem Tag auf den anderen ändern. Die Bevölkerung im türkisch-syrischen Grenzgebiet ist ein Spielball von Regierungen. Das Leben der Menschen wird zur Wahrung der politischen Regierungsinteressen aufs Spiel gesetzt.

Neben dem Krankenhaus steht ein weiteres Gebäude. Aktuell leben hier 6 Familien. Sie alle sind ehemalige Geiseln des IS in Kobane. Frau-



Von der Geschichte lernen: Anarchismus heute

Wir leben in einer Zeit einer vielversprechenden Rückaneignung und des Aufschwungs libertärer Ideen. Den wiederkehrenden Vorwürfen, wonach die Anarchist*innen in einer anderen Zeit leben und einer „glorreichen“ Vergangenheit anhängen würden, setze ich entgegen – und ich bin wahrlich kein Freund irgendwelcher „Glorie“, ich bevorzuge das Wort „Stolz“, – dass die Anarchist*innen zurückschauen können, ohne dabei eine unheilvolle Vergangenheit zu erblicken.

★ von: José María Fernández Paniagua (Tierra y Libertad Nr. 232) / Übersetzung: G.N.

Ganz im Gegenteil – ich frage mich angesichts einer derartigen Dreistigkeit: Kann man etwa ohne ein historisches Gedächtnis leben? Kann man so einfach die Personen über Bord werfen, die in einer anderen Zeit gelebt haben, aber deren Bedürfnisse die gleichen waren wie die unseren? Personen, die über ihre elementaren Fragen des Lebens reflektiert haben, die versucht haben, ein Bewusstsein zu entwickeln, um frei und in vollen Zügen zu leben und eine gerechtere Welt zu schaffen? Denn diese Vorwürfe enthalten die Anschuldigung eines Anarchismus, der überkommene Ideen fördert, die längst überholt sind. Dabei sollte klar sein, dass das, was die libertären Ideen beinhaltet, seit der Frühaufklärung¹ in der Zivilisation anzutreffen sind. Es sind Vorschläge, die es zu jeder Zeit gegeben hat. Unglücklicherweise leben wir jedoch in einer banalisierten Zeit mit einem spärlichen Gedächtnis, wo gerade die Kommunikation und die Reflektion nicht gefördert werden.

Im Gegensatz zu anderen politischen Ideen, die eine wissenschaftliche und deterministische Grundlage zu haben behaupten und die eine geschlossene Ideologie darstellen, die bereits alle Antworten enthält, will der Anarchismus nicht aufhören Fragen zu stellen – im Sinne des Lebens der einzelnen Personen und einer Gesellschaft, die freier und gerechter sein und mit weniger Bevormundung auskommen soll. Natürlich ist das System (Warum eigentlich System? Nennen wir das Ding beim Namen: Staat und Kapitalismus – und wenn sie sich noch so sehr in ihren mehr oder weniger „lebenswürdigen“ Formen zeigen) in der Lage, sich der edelsten Konzepte anzunehmen und sich diese anzueignen. Die Freiheit und die Gerechtigkeit, die uns dargeboten werden, sind lediglich formale Konzepte, die schlicht und einfach in Produkte des Marktes verwandelt werden.

Die schönsten Ideale der Menschheit werden einem Wirtschaftssystem untergeordnet, das seiner Ablehnung der Gleichberechtigung sowie seiner Förderung von Autoritarismus und Konkurrenz klar Ausdruck verleiht, wo am Ende jede*r ein Stück vom Kuchen erhält. Dieses System zeichnet sich aus durch seine Hingabe zur Vermarktung („Marketing“ ist ein Wort, das bis zum Erbrechen auf dem so genannten freien Markt gebraucht wird, aber wir haben auch dieses andere Wort mit der gleichen Bedeutung in unserer mächtigen Sprache, welches „die Ausweitung des Handelns, speziell der Nachfrage“ deutlicher zum Ausdruck bringt), seine Verbreitung von Banalitäten und seine inkonsistente Form Bürger*innen hervorzubringen (ein anderes Konzept, das sehr respektabel sein könnte, die „zivilgesellschaftliche Erziehung“, erscheint heute in Form eines mehr als fragwürdigen Unterrichtsfachs, nämlich „Staatsbürgerkunde“). Wie einst Fernando Savater gezeigt hat (dessen Denken ich in großem Maße noch immer viel Respekt entgegenbringe, trotz seiner politischen Tiraden, die das Produkt einer Störung sein mögen, die durch eine Bande von Mörder*innen und selbsternannten Befreier*innen des Baskenlands hervorgerufen wurde), erwartet man von uns, dass wir uns in Konsument*innen, Untertan*innen oder Kirchgänger*innen verwandeln. Ich vermute, dass die Einordnung als Konsument*innen keiner großen Erklärungen bedarf: Es ist wohl die offensichtlichste Negierung unseres Daseins als verantwortungsbewusste Mitglieder der Zivilgesellschaft. Was nun die Einordnung als Untertan*innen angeht, so mögen als Hinweis die neuesten und arg gekünstelten Kontroversen rund um die Figur des Monarchen dieses Landes² genügen; Pseudopolemiken, die auf der Unmöglichkeit gründen, über unsere Zukunft zu entscheiden – unterstützt durch

[1] Ann. d. U.: Der Text bezieht sich hier auf die „Ära der Vernunft“ (Age of Reason) im 17. Jahrhundert, dem Vorläufer der Aufklärung. [2] Gemeint ist der damals noch herrschende König Juan Carlos I., siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Juan_Carlos_I.

Bewegung und den Theoretikern der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FvDG) vorschwebte.¹⁴

Der Generalstreik galt Landauer nicht als das „Wundermittel, das den arbeitenden Menschen den Sozialismus beschreiben könnte“, aber diese Funktion hatte er allemal: „Der Massenstreik ist das entscheidende Mittel, durch das die Arbeiter in den Zeiten der Gefahr (...) die Regierungen dazu bringen können, ihre Entschlüsse nach dem wahren Willen der Völker zu richten.“ Solches „entscheidendes Eingreifen“ galt es nunmehr konkret vorzubereiten, anstatt sich nur ohnmächtig zu entrüsten, zu protestieren oder sich mit der Bitte um Einberufung des Reichstages an den lieben Kaiser zu wenden. (36f) Die wieder nur knapp verfliegene Kriegsgefahr hatte deutlich gezeigt, dass die Fähigkeit, den Massenstreik im entscheidenden Augenblick zu entfesseln, der Vorbereitung bedurfte¹⁵ und dass die Parapolitik von Gewerkschaftsbürokratie und Reichstag – d.h. die Verschiebung der kollektiven Macht der Arbeiterschaft auf das Abstellgleis der politischen und ökonomischen Staatsapparate – deren erstes Hindernis war. Anstatt blind vertrauend auf den unwahrscheinlichen Wink ihrer „Vertreter“ (38) zu warten, die sie ganz augenscheinlich der Willkür der Regierung preisgegeben hätten, sollten die Arbeiter*innen durch die schnellstmögliche „Veranstaltung eines außerordentlichen deutschen Arbeitertages“ (27), die tatsächliche Fähigkeit zum präventiven Massenstreik nunmehr selbständig ausbilden.

Bevor Landauer am 19. September 1911 auf einer u.a. auf jenem Flugblatt beworbenen Veranstaltung zum Thema „Der Krieg – die Regierung – die Selbstbestimmung des Volkes“ referieren wird, zu der immerhin 600 bis 700 Besucher*innen erschienen, gibt er am 15.9. im Sozialist, noch während der Jenaer Parteitag im Gange ist, seine Einschätzung der dortigen Stellungnahmen Bebel's zu Protokoll, die wieder nur darauf hinausgelaufen waren, dass der Massenstreik „nach Beginn des Krieges“ aussichtslos sei. „Davon müsstet ihr reden“, schrieb Landauer, „was die Arbeiterklasse vorher zu tun hat, damit keine Regierung den Krieg wage!“ Weil aber „diese unfähigen Beamten“ noch stets keinerlei Anstalten dazu machen, seien sie „ihres Mandats“ nun endlich zu entkleiden, indem die Arbeiterschaft von ihrem Recht (d.h. von ihrer Macht) Gebrauch macht, „einen außerordentlichen Arbeitertag vorzubereiten“, der mit frischen Kräften daran geht, neben die Beschlüsse sämtlicher Regierungen (...) die Entscheidung derer zu setzen, die nicht mehr regiert sein, sondern ihre Selbstbestimmung üben wollen!“¹⁶ Hier, in diesem doppelten Vorab, äußert sich erstmals das Besondere der Landauer'schen Auffassung vom präventiven Massenstreik. Noch bevor das Kriegsrecht greift, musste er ausbrechen; und dies würde keinesfalls spontan geschehen oder auf Veranlassung der SPD, sondern mit Sicherheit nur durch die zuvorige Verständigung und die Herstellung der Einigkeit und Entschlossenheit großer Teile des internationalen Proletariats selbst, eines Proletariats, mit dem zumindest (!) kein Krieg mehr zu machen war.¹⁷ Schon am 1. Oktober folgt ein weiterer Artikel in diesem Sin-



ne, und im November desselben Jahres übernimmt der inzwischen gegründete „Ausschuss für den freien Arbeitertag in Deutschland“¹⁸ den zunächst hunderttausendfachen Druck einer dialogischen Broschüre unter dem Titel „Die Abschaffung des Kriegs durch die Selbstbestimmung des Volks. Fragen an die deutschen Arbeiter“¹⁹, in der der Zeitpunkt und die Art der Vorbereitung des Präventivstreiks in ähnlicher Weise verhandelt werden. (42f) Der Einschätzung Bebel's im Prinzip beipflichtend verlegt Landauer den richtigen Augenblick für die Entfesselung des kriegsverhindernden Massenstreiks noch vor die Kriegserklärung und den Beginn der Mobilisierung: Bevor die Befehlsketten abknurren und der Jubel einsetzt, hatte alles zu geschehen: „Sowie feststeht, daß eine oder mehrere Regierungen den Krieg wollen, ist der Augenblick gekommen“ (42), „und die Einwände, die man jüngst gegen diesen Generalstreik gehört hat, haben alle keinen Sinn, weil sie sich alle auf den verpaßten Augenblick bezogen haben.“ (43)

Ende von Teil 1.2, Fortsetzung in: Gai Dao Nr. 48.

[14] Im Einzelnen gab es trotz aller Unterschiede auch zahlreiche Gemeinsamkeiten der Auffassungen Landauers mit jenen etwa Rudolf Großmanns (Pierre Ramus), Raphael Friedbergs oder Siegfried Nachts (Arnold Roller). Vgl. Pierre Ramus, Generalstreik und direkte Aktion im proletarischen Klassenkampf, Berlin 1910, sowie die Dokumente in: Döhring 2009. Von Seiten der FvDG wurde die nun einsetzende Agitation zur Vorbereitung eines kriegsverhindernden Massenstreiks auch publizistisch und finanziell die „meiste Unterstützung“. Tilman Leder, Die Politik eines „Antipolitikers“. Eine politische Biographie Gustav Landauers, Lich 2014, S. 609. [15] Man durfte nicht vertrauen auf das Wunder der Augenblicksverwandlung 46, so wenig wie auf den unwahrscheinlichen Wink ... etc. [16] Gustav Landauer, Die Niederlage von Jena, in: Ders., Siegfried Nacht (Hg.), Antipolitik, Ausgewählte Schriften, Band 3.1, S. 251f. [17] Die Erfahrung dieser Macht hätte wohl noch viel weitergehende Effekte gehabt. [18] Auch „Syndikalisten, kommunistische und individualistische Anarchisten“ arbeiten hier zusammen. Leder 2014, S. 608. [19] Online unter: www.anarchismus.at/anarchistische-klassiker/gustav-landauer. Zur Verfolgung der Broschüre, die kaum verteilt werden kann vgl.: Leder 2014, S. 611-620.

en und Kinder wurden im Verlauf freigelassen, so dass sie nun hier Zuflucht gefunden haben und um die Männer in ihrem Familien- und Freundeskreis bängen. Überhaupt herrscht ein Bangen, wohin man schaut. Viele berichten über Abschiedsbriefe, die sie Zuhause vorgefunden haben: Kinder, Enkel, Freund*innen, Greise, Eltern: Sie alle entschieden sich, sich dem Kampf gegen den IS anzuschließen und in den Krieg zu ziehen. Die Hinterbliebenen zittern Tag und Nacht vor Angst, wenn sie auch Stolz empfinden. Jede noch so kleine Meldung wird verfolgt, jede noch so winzige Information weiterzählt. Jederzeit könnte es sein, dass jemand, der einem nahesteht, gerade gestorben ist. Die Flüchtlinge in Kobane erwarten eine ungewisse Zukunft. Sie alle fragen sich: Steht mein Haus noch? Kann ich jemals zurück nach Kobane? Werden meine Kinder je wieder zur Schule gehen können? Jedes Flugzeug, das über Kobane fliegt und Bomben auf den IS abfeuert, macht Hoffnung. Jede Waffe, die nach Kobane gelangt, macht Hoffnung. Doch jede Auseinandersetzung zwischen YPJ/YPG und dem IS macht Angst: Ist jemand von uns gestorben? In Suruc gibt es keine Musik, keinen Tanz, keine Feste, wie es sonst hier tagtäglich geben würde. Die Augen der Menschen hier wirken leer: Sie zeigen weder Hoffnung, noch Hoffnungslosigkeit. Vielmehr scheinen sie noch nicht zu begreifen, was geschieht. Es ist noch kein Raum dafür, entsetzt zu sein über das, was passiert. Trotzdem herrscht eine vertraute und fürsorgliche Atmosphäre: Jeder kümmert sich um jeden. Alle sind mit allen befreundet, ohne Alters-, Sprach- oder soziale Grenzen. Man sieht 70-jährige Frauen in traditioneller Kleidung nachts mit 20-jährigen dreadlocktragenden Student*innen aus Istanbul bis in die Morgenstunden beisammensitzen, diskutieren, politisch debattieren. Die Dörfer, die direkt ins Grenzgebiet fallen, sind geleeert. Auch ihre Einwohner*innen sind nun Flüchtlinge. Über-



Die türkische Polizei attackiert immer wieder Menschen, die Solidaritätskundgebungen durchführen oder über die Grenze nach Rojava möchten. Foto: Karakök Autonomie

>> Trotz allem besteht die Region seit nunmehr einem Jahr und erweist sich als stärker, als von allen eingeschätzt. Als der IS in Kobane einmarschierte, gingen alle davon aus, dass die Stadt in wenigen Tagen eingenommen werden würde. <<

all an der Grenze finden öffentliche Volksküchen statt, organisiert durch die BDP (kurdische Partei für Frieden und Demokratie). Morgens, mittags und abends werden hier Mahlzeiten gekocht. Alle helfen freiwillig mit. Mindestens 3800 Personen essen pro Tag an einer einzigen Volksküche. Die Küchen bilden einen Haupttreff- und austauschpunkt.

Das Dorf Mahser liegt direkt gegenüber Kobane in nur ca. 300-400 m Entfernung. Da die Region eine Ebene ist, haben wir von hier einen Überblick über ganz Kobane. Tag für Tag sammeln sich am Dorfrand jeweils 500 Beobachter*innen, die aus freiwilligen und solidarischen Personen bestehen – aus Dorfeinwohner*innen, aus Journalist*innen, aus politischen Aktivist*innen. Die Besetzung der Beobachter*innen fluktuiert ständig und setzt sich spontan auf freiwilliger Basis zusammen. Ihre Funktion ist es einerseits, zu beobachten, was in Kobane aktuell geschieht, um die Informationen weiterzutragen. Andererseits entsteht dadurch aber auch ein Kontrollmechanismus: Sollte die türkische Regierung dem IS helfen, so bleibt dies hier nicht unbeachtet. Es gibt keinen weiteren Zugang von der Türkei nach Kobane als über diese Grenze, so dass nichts, was hier geschieht, unbeobach-

tet bliebe. Auch das türkische Militär hält Stellung auf zwei Hügeln links und rechts der Grenze. Auch sie beobachten. Kobane selbst liegt in Schutt und Asche. Die ganze Stadt ist ein Trümmerhaufen. Hier und da ragen vereinzelte Gebäude gen Himmel. Ein fünf- bis sechsstöckiges Gebäude fällt besonders auf: auf dem Dach flattert eine IS-Flagge. Tag und Nacht hören wir Kanonenkugeln, sehen wir Bomben hochgehen und Feuer entzünden, hören wir Schüsse. Es herrscht Krieg.

Bisher sind noch keine Peshmerga nach Kobane gelangt, nachdem die türkische Regierung kommuniziert hat, einen Konvoi nach Kobane zu schicken. Wären sie hier, hätten wir sie unweigerlich gesehen. Es wurden zwar Videos vom Konvoi veröffentlicht, wie er mit Panzern und Flaggen unterwegs ist – neuesten Informationen zufolge handelt es sich aber um Aufnahmen, die an einem Ausbildungsort der Peshmerga aufgenommen wurden. Ob sie tatsächlich noch kommen werden? Das wird sich zeigen. Fakt ist: Die Menschen hier wünschen sich eigentlich gar keine Hilfe durch die Peshmerga. Sie sagen: „Wir können uns selber helfen. Wir haben unsere Guerilla-Kämpfer*innen, unsere Verteidigungsstrategien. Was wir

jedoch brauchen, ist militärische und medizinische Hilfe, insbesondere aber offene Grenzen, so dass ein Import dieser Dinge möglich ist. Nur so kann Kobane weiterkämpfen“. Aktuell ist Kobane isoliert. Unter diesen Umständen dem Krieg entgegenzutreten, ist praktisch aussichtslos. Der Konvoi der Peshmerga ist zudem für Kobane auch eine Gefahr: mit ihm könnten gefährliche Personen nach Kobane gelangen, die beispielsweise im Auftrag des IS, der türkischen oder der US-Regierung tätig sind. Man hat sich daher entschieden, die Hilfe des Konvois zwar anzunehmen, sollte er hier eintreffen, aber nur in einem begrenzten Umfang. Es soll nur eine begrenzte Anzahl an Peshmerga-Kämpfer*innen hinein nach Kobane gelassen werden. Zudem werden Passkontrollen aller Peshmerga durchgeführt werden.



Rojava: Eine anarchosyndikalistische Perspektive

Eine anarchosyndikalistische Perspektive auf die politische Situation in Rojava von einem Mitglied der Workers' Solidarity Alliance.

★ von K.B. / Übersetzung von bogumil

„Das prinzipielle Problem des nationalen Befreiungskampfes für eine antistaatliche Organisationsform ist, dass sie zwingend die Rolle einer Statistin einnehmen muss. Wenn eine lokalere Form des Staates befürwortet wird, verbeugt sich die Befreiungsbewegung vor der Idee, dass der Staat eine wünschenswerte Institution ist - nur nicht in der gegenwärtigen Form. Dadurch hat sie den fundamentalen Makel, dass sie, wenn sie erfolgreich ist, einen neuen Staat generieren wird - der schlechter oder besser sein wird als der gegenwärtige Unterdrücker, aber er wird immer ein unterdrückender Mechanismus sein.“

-Solidarity Federation

„Anarchisten verweigern die Teilnahme an nationalen Befreiungsfronten; sie nehmen an Klassenfronten teil, die in nationale Befreiungskämpfe involviert sein können oder auch nicht. Der Kampf muss ausgeweitet werden, um wirtschaftliche, politische und soziale Strukturen in befreiten Territorien aufzubauen, die auf föderalen und libertären Organisationen fußen.“

- Alfredo Maria Bonanno

Während dies veröffentlicht wird, gibt es Nachrichten, dass der Islamische Staat (ISIS) fast gänzlich aus Kobane verdrängt wurde. Vizepräsident Saleh Muslim, Teil der Führung der Demokratischen Union (PYD), der syrischen Partei, die der Gruppe der Kommunen in Kurdistan (KCK) nahesteht, nannte diese Entwicklung die Befreiung Kobanes.¹ Hoffentlich wird dieser Fortschritt in der Region dazu führen, dass Anarch@syndikalist*innen und Sozialrevolutionäre aller Richtungen anfangen, objektiv über die Situation in Westkurdistan zu diskutieren ohne den emotionalen Reflex auf eine belagerte Bevölkerung, die von einem humanitären Disaster bedroht ist. Anarch@syndikalist*innen sollten keine Illusionen über die Revo-

lution in Rojava haben. Seit der Jahrtausendwende gab es Berichte von einer libertären kommunalen Wende im kurdischen nationalen Befreiungskampf, der von Murray Bookchin inspiriert wurde. Dieser Wandel wurde vom inhaftierten Gründer und ideologischen Führer der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) Abdullah Öcalan vorangetrieben, der Bookchin in der Haft entdeckte. Die PKK, früher eine maoistisch/stalinistische Organisation, hatte sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem „real existierenden Sozialismus“, einem ethnischen Nationalismus zugewandt - ein Wandel, der von weiten Teilen der revolutionären Linken begrüßt wurde. Dennoch führt eine solche politische Transformation nicht automatisch zu einer Übernahme der Inhalte durch die Masse der Bevölkerung und schon gar nicht durch die Repräsentanten in führenden Parteien.

Nach Beginn der syrischen Massenproteste und dem daraus entstandenen Bürgerkrieg entstand ein Machtvakuum, das dazu führte, dass Assad, der tyrannische Staatschef Syriens, Westkurdistan, genannt Rojava, den Kurd*innen überließ. Zu Beginn attackierte die Freie Syrische Armee (FSA), eine sogenannte „moderate Opposition“, die an der westlichen Imperialismus gebunden ist, die kurdischen Streitkräfte, wurde aber bald zurückgeschlagen. In dieser offenen Situation entschieden sich die PYD und ihre bewaffnete Miliz, die Volksbefreiungseinheiten (YPG) sowie die Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) ihr Programm der demokratischen Autonomie und des demokratischen Konföderalismus weiter auszubauen.

Wie vom kurdisch-anarchistischen Forum (KAF), einer Gruppe pazifistischer kurdischer Anarchist*innen im Exil, berichtet wurde, gab es zu Beginn des Arabischen Frühlings in Syrien die Entwicklung zu einer direkten demokratischen Graswurzelbewegung, die von den Leuten Rojawas die Bewegung der Demokratischen Gesellschaft (Tev-

reichstag oder der Gewerkschaftsbürokratie übertragen hatten, um selbst abzudanken, und sie taten es mit jedem Moment, den sie sich nicht auf ihre Macht besannen und sich die wirklichen Einrichtungen ihrer Selbstbestimmung schufen. (vgl. 30ff) Eine Serie von großen Streiks seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hatte der Diskussion um Generalstreiks und politische Massenstreiks zu jener Zeit neuen Auftrieb verliehen. Die Leute, die Arbeiter*innen, schienen aus ihrer Abwesenheit zurückkehren zu wollen. Sie versuchten, über ihre Körper selbst zu bestimmen, die Kontrolle ihrer eigenen Bewegungen an sich zu reißen. Unter dem Eindruck der Ereignisse in Barcelona vom Februar 1902 hatte Siegfried Nacht die Propaganda für den „sozialen Generalstreik“ aufgenommen⁶, und Raphael Friedberg forcierte die Debatte seit 1903 innerhalb der SPD.⁷ Als Rosa Luxemburg ihre Agitation für den „politischen Massenstreik“ als Mittel im Wahlrechtskampf seit 1905 unter dem Eindruck der russischen Revolution besonders energisch zu betreiben begann, hatte sie alle Mühe, diese Taktik gegenüber der parlamentarismuskritischen und anarchischen Agitation für den Generalstreik abzugrenzen.⁸

Die seit 1892 bestehende Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wollte jedoch weder vom politischen Massenstreik noch vom sozialen Generalstreik etwas wissen. Der zentrale Gewerkschaftskongress in Köln verwehrte sich entsprechend 1905 in einer Resolution gegen derartige Neigungen in Teilen der Arbeiterschaft. Stattdessen riet er „der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten“ und sich ganz in die „tätlich[e] Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation“ zu vertiefen. Der Jenaer Parteitag der SPD desselben Jahres hingegen zog die „Menschenarbeitseinstellung“ als „eines der wirksamsten Kampfmittel“ in Betracht, um Angriffe auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht „abzuwehren“ oder dieses gegebenenfalls erst „zu erobern“ und begab sich damit in Gegensatz zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.⁹ Doch schon ein Jahr darauf musste die SPD-Führung auf dem Mannheimer Parteitag (1906) die faktische, den Mitgliederzahlen von Partei (< 400.000) und Gewerkschaften (ca. 2 Mio.) geschuldete Machtstellung der Gewerkschaftsleitung formal anerkennen. Im Gegenzug gab die Generalkommission ihre kategorische Ablehnung des Massenstreiks auf, behielt sich ein Vetorecht jedoch vor. Auch unter dem Eindruck der Niederlage der russischen Revolution wurde somit das Kampfmittel des politischen Massenstreiks de facto eingeschläfert.¹⁰ Ebenfalls auf dem Mannheimer Parteitag polemisierte August Bebel gegen den Massenstreik auch als Antwort auf den Ausbruch eines

europäischen Krieges¹¹, und wieder 1907 zusammen mit Georg v. Vollmar auf dem Stuttgarter Kongress der II. Internationale. Gustav Hervé – zu jener Zeit noch Antimilitarist – hatte „Generalstreik und Insurrektion des Proletariats als einzige Antwort auf einen Kriegsausbruch“ vorgeschlagen und die französischen Sozialisten Jean Jaurès und Edouard Vaillant verteidigten diesen Vorschlag als ein letztes mögliches Mittel. Bebel indes hielt ein solches Vorgehen in Deutschland für „unmöglich und indiskutabel“; gemeinsam mit Vollmar hob er „die kulturelle Bedeutung des nationalen Gedankens“ hervor und setzte noch hinzu, dass „die beim Ausbruch eines Krieges entstehende Erregung weite Bevölkerungskreise erfasse und die Opposition gegen die Entfaltung der Landesverteidigung in eine äußerst schwierige Lage bringe.“ Die Kapitulation der SPD vom August 1914 hatte er damit bereits 1906 und wieder 1907 antizipiert. Als Ergebnis des Kongresses blieb in dieser Frage eine äußerst allgemein gehaltene vor allem durch Bebel verfasste Resolution, die eher abwartend und fatalistisch verlaute, dass Kriege nun einmal „im Wesen den Kapitalismus“ liegen und „erst aufhören [werden], wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnischen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung die Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.“ Lediglich ein durch Lenin, Martoff und Luxemburg beantragter Zusatz hielt fest, dass beim drohenden „Ausbruch eines Krieges“ alles aufzubieten und die „am wirksamsten erscheinenden Mittel [zu ergreifen seien] den Ausbruch des Krieges zu verhindern.“¹² Konkrete Maßnahmen wurden nicht verabredet. Ein ähnliches Bild boten die Kongresse in Kopenhagen (1910) und Basel (1912).

Propaganda für den „freien Arbeitertag“

Als Landauer Mitte Juli 1911 auf die Marokkokrise reagiert, bleibt sein Appell an den deutschen „Michel, (...) so intensiv zu denken, daß du's (...) auch ein wenig in Füßen und Händen spürst“ (34), noch allgemein; aber schon Anfang September richtete sich die Gruppe „Arbeit“ des Sozialistischen Bundes in dessen Zeitschrift Der Sozialist¹³ und zugleich per Flugblatt direkt an die Deutschen Arbeiter: „Arbeiter der Industrie, des Handels und des Transports! Wenn es sich um Massenaktionen handelt, kann man sich nur an euch wenden.“ (35) Um konzentrierte Massenaktionen handelte es sich allerdings, nur sollten sie weder in den Dienst der Parlamentarismus gestellt werden, wie der linke Flügel der SPD dies propagierte, noch erwartete sich Landauer vom massenhaften Streik über kurz oder lang das Kunststück der sozialen Revolution, wie es den Anhängern der syndikalistischen

[1] „The air-strikes were very very successful. In a short time, we will report to the world liberation of Kobane.“ - Saleh Muslim (<http://www.demokrathaber.net/dunya/salih-muslim-kobanideki-son-durumu-anlati-h39595.html>)

[6] Siegfried Nacht, Der Generalstreik und die soziale Revolution, London 1902, vgl. Helge Döhring (Hg.), Abwehrstreik ... Proteststreik ... Massenstreik? Generalstreik! Streiktheorien und -diskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 – Grundlagen zum Generalstreik mit Ausblick, Lich 2009, S. 106, 108. [7] Vgl. Döhring 2009, S. 30, 78, 106. [8] Vgl. insbes. die Polemik im ersten Kapitel ihrer Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ von 1906 und noch ähnlich ihre Rede vor der Generalversammlung der Freien Gewerkschaften am 1. Oktober 1910, online unter: www.mlwerke.de/lu/lu.htm. Luxemburg konnte sich auf ähnlich lautende Vorschläge von Eduard Bernstein (1902) und Karl Liebknecht (1904) und auf vereinzelte Erfolge bei der Anwendung des Massenstreiks zur Erkämpfung eines demokratischen Wahlrechts im Ausland berufen. Vgl. Thomas Meyer u. a., Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung. Darstellung, Chroniken, Dokumente, 2. Aufl., 4 Bde, Bonn 1988, Bd. 1, S. 247. [9] In Sachsen war 1896 – um die dortige Entwicklung der Sozialdemokratie zu dämpfen – das Dreiklassenwahlrecht nach preussischem Vorbild eingeführt worden, das Arbeiter systematisch benachteiligte, indem es das Stimmgewicht an das Steueraufkommen band. Männer unter 24 und Frauen durften ohnehin nicht wählen. Im Rahmen der parlamentarischen Strategie war die Erringung des gleichen und geheimen Wahlrechts entscheidend. [10] Nach Meyer u. a., S. 248–254. Vgl. zum Eklat um die Veröffentlichung der „Geheimverhandlungen“ zwischen Generalkommission und SPD in der lokalistischen „Die Einigkeit“, Döhring 2009, S. 33f. [11] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906, S. 240f, online unter: <http://library.fes.de/parteitages/pdf/pt-jahr-pt-1906.pdf>. [12] Nach Meyer u. a., 1988, S. 248 und Max Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der Sozialen Kämpfe, 7. Aufl., Berlin 1931, S. 583f. [13] Der Sozialist ist 1909 zunächst mit einer Auflage von 4.000–5.000 Exemplaren erschienen und während einiger Wochen, bis zum Einschreiten der Politischen Polizei, sogar an Berliner Kiosken zu kaufen; im September 1910 ist die Auflage bereits auf 2000 Exemplare gesunken. Vgl. Ulrich Linse, Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871, Berlin 1969, S. 301, sowie: Tilman Leder, Die Politik eines „Antipolitikers“. Eine politische Biographie Gustav Landauers, Lich 2014, S. 458–477. Zahlen für Mitte Juli sind nicht leicht zu ermitteln (?).



Gustav Landauers Stellung zum Weltkrieg

Aus seinen Publikationen und Korrespondenzen. Vor dem Krieg, im „sogenannten Frieden“ (Teil 1.2) Dies ist die Fortsetzung eines Artikels, der in der Gai Dao Nr. 46 begonnen wurde.

★ von: Jan Rolletschek

Jedes Gemeinwesen ist gekennzeichnet durch eine spezifische Verteilung der Macht, die immer die Macht der Menge der Einzelnen ist.¹ Diese kollektive Macht existiert in unterschiedlichen Formbestimmtheiten und Aggregationen; sie kann unterschiedlich verfasst oder instituiert sein. Die Macht der Menge kann die gemeinsame Macht eines freien Gemeinwesens sein, das sich die Einrichtungen seiner Selbstbestimmung geschaffen hat. Sie kann aber auch, kommandiert als lebendige Arbeit durch die stets schlagfertige Macht des Kapitals, gezwungen sein, in einer Weise zu handeln, die ihre eigene Unterwerfung mit jeder ihrer Bewegungen vertieft; sie kann, organisiert und befehligt als Staatsapparat, eingesetzt werden gegen einen anderen Staat und sich gegen jede*n Einzelne*n richten, deren oder dessen Körper sich ihr widersetzt oder entzieht.

Die Einrichtungen des Kaiserreichs waren derart, dass diese Macht sich mehrfach konzentrierte: in Preußen, im Herrwesen, welches parlamentarischer Kontrolle weitgehend entzogen blieb, im Bundesrat und dem Amt des Kanzlers, vor allem aber in der Person des Kaisers, der zugleich König von Preußen und Oberbefehlshaber der Streitkräfte war. Doch auch noch die Macht des Kaisers war letztlich keine andere als nur „die Macht der Menge, die wie von einem Geist geleitet wird“². Mehr als irgendwo sonst in Europa zu jener Zeit war dies in Deutschland der Geist der Gesetze, des Gehorsams, des Militarismus und des Drängens zur „Weltpolitik“.

Gustav Landauer versuchte auf diesen Geist zu wirken und einen gemeinsamen Geist anderer Art aufstehen zu lassen, worin die Men-

ge der Vielen sich neu und anders, und in einer Weise konstituieren würde, die all dem entgegen war. Das Fernziel seiner Bestrebungen, für das auch nur im Nu des Augenblicks sich handeln ließ, war und blieb der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft durch die Übernahme vitaler Organisations- und Reproduktionsfunktionen, durch den möglichst weitgehenden Austritt aus Staat und kapitalistischer Wirtschaft, die Gründung von Konsum- und Produktionsgenossenschaften, von freien Schulen und sozialistischen Siedlungsprojekten.³ Wirklicher Friede war nur möglich als „positive Organisation der Freiheit und Gerechtigkeit“⁴; in der Welt der Staaten konnte es bestenfalls ein prekäres Gleichgewicht der Drohungen geben.⁵ Doch der Krieg rückte schneller heran, als diese langwierige Arbeit des Aufbaus sich anließ. Was die nähere Notwendigkeit anbetraf, im richtigen Augenblick kriegsverhindernd „in die diplomatischen Hände“ (36) der Regierungen einzugreifen, blieb zu ihr nicht genügend Zeit. Kurzfristig aufzubauen war deshalb die tatsächliche organisatorische Fähigkeit zum präventiven Massenstreik, und der hauptsächlich Adressat, „die entscheidende Gemeinschaft“ (35) dieser Aufgabe, war das Proletariat. („großer Block“ 41)

Generalstreik und Massenstreik in der Diskussion

Im Juli 1911 hatte sich die Lage im Verlauf der zweiten Marokkokrise abermals bedrohlich zugespitzt. Wieder stellte sich die Sache so dar, dass die Allermeisten über ihr Geschick nicht selbst entscheiden sollten. Vielmehr hatten sie es schon getan, indem sie ihre Macht dem

Dem) genannt wurde. Es war diese Bewegung, die sich dafür einsetzte, dass „ihre Pläne und Programme ohne weitere Verzögerung, bevor die Situation schlechter wird“⁶ umgesetzt werden. Dieses Programm war beträchtlich und ist es wert, den KAF-Bericht zu zitieren:

„Das Programm der Tev-Dem war sehr inklusiv und befasste sich mit jedem einzelnen Detail der Gesellschaft. Viele Menschen von Rang und Namen und mit verschiedenen Hintergründen, darunter Kurden, Araber, Muslime, Christen, Assyrer und Yaziden waren beteiligt. Die erste Aufgabe war der Aufbau einer Vielfalt von Gruppen, Komitees und Kommunen auf den Straßen, in der Nachbarschaft, auf den Dörfern, in den Provinzen und überall in den großen und kleinen Städten. Die Rolle dieser Gruppen war, an allen Angelegenheiten beteiligt zu sein, die die Gesellschaft betreffen. Gruppen sollten sich mit Themen beschäftigen wie Frauen, Wirtschaft, Umwelt, Bildung, Gesundheit und Fürsorge, Unterstützung und Solidarität, Zentren für Familien von Martyrern, Handel und Betriebe, diplomatische Beziehungen mit dem Ausland und vielem mehr. Es gibt sogar Gruppen die Streitigkeiten zwischen verschiedenen Leuten oder Fraktionen schlichten, um den Beteiligten den Gang vor Gericht zu ersparen, sollten sie ihren Streit nicht selbst in den Griff bekommen. Diese Gruppen haben ihre eigenen Treffen normalerweise jeden Tag, um über die Probleme zu sprechen, denen die Menschen jeden Tag begegnen. Sie haben ihre eigenen Repräsentanten in der jeweiligen Hauptgruppe in den Städten und Dörfern, dem sogenannten „Haus des Volkes“. Sie glaubten, dass die Revolution an der Basis der Gesellschaft beginnen müsse und nicht an deren Spitze. Sie muss eine soziale, kulturelle sowie eine Bildungs- und politische Revolution sein. Sie muss gegen den Staat, Herrschaft und Autorität sein. Es müssen die Menschen in den Gemeinden sein, die die letzte Verantwortung für Entscheidungsfindung haben. Dies sind die vier Prinzipien der Bewegung der Demokratischen Gesellschaft (Tev-Dem).“

Zu anderen Zeiten und an anderen Orten wurden solche demokratischen Versammlungen und Komitees an der Basis der Gesellschaft und offen für das Volk, als Arbeiterräte bekannt. Wenn diese Entwicklungen der Wahrheit entsprechen, war die Tev-Dem eine echte Errungenschaft.

Solche Berichte enthielten auch Darstellungen über die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung wie die parlamentarische gesetzgebende Demokratische Selbst-Regierungs Administration. New Compass, ein von Bookchin inspiriertes Kollektiv, meldete:

„Während in vielen Gebieten die kurdische Bevölkerung bereits Jahrzehnte der Erfahrung mit der kurdischen Bewegung der Befreiung der Frauen

und der sozialen Freiheit hat, gibt es hier auch einen abweichenden Kurs. Einige wollen sich lieber in klassischen Parteien als in Räten organisieren. Dieses Problem wurde in Rojava durch eine duale Struktur gelöst. Ein Parlament wurde geschaffen, zu dem so schnell wie möglich freie Wahlen unter internationaler Beobachtung stattfinden sollen. Dieses Parlament bildet eine parallele Struktur zu den Räten; es formt eine Übergangsregierung in der alle politischen und sozialen Gruppen repräsentiert sind, während das Rätssystem eine Art Parallel-Parlament bildet. Die Strukturierung und die Regelung dieser Zusammenarbeit werden im Moment diskutiert.“⁷ Diese und andere Fragen zeigen die bare Realität der politischen Situation in Rojava. Es ist unklar ob die Errichtung eines solchen sozialdemokratischen Apparates unter Druck von bestimmten Elementen geschieht, oder ob sie Teil des kurdischen Demokratischen Konföderalismus ist. Während Anarchist*innen auf der ganzen Welt, diese Entwicklung als libertäres Licht in der Region sehen, sollte die



Kurdische Frauenbrigade in Rojava (Foto: Karakök Autonome)

Frage nach dem Staat und welche Form der Regierung errichtet wird, weiterhin genau betrachtet werden. Aus historischer Sicht ging das libertäre sozialistische Programm von Arbeiterräten und Komitees aus, so wie die der Tev-Dem. Und es gab erbitterte Kämpfe gegen den Aufbau des parlamentarisch-demokratischen Staatsprojekts mit freien Wahlen, die Partizipation atomisierten und die wahre Macht der Hand exekutiver Herrschaft über die Menschen überließ.

Wenn es die eine große Hoffnung für einen libertären Anfang in der Region gibt, dann ist es die der Existenz der Frauenbewegung. Die kurdische Gesellschaft war, wie überall in der Welt, historisch tief patriarchal geprägt bis zum Punkt, dass Öcalan möglicherweise ein Vergewaltiger ist, was vor allem angesichts des Personenkults verstörend ist.⁸ Obwohl sie immernoch an seine Lehren gebunden sind, begannen die kurdischen Frauen aus ihrer eigenen Erfahrung heraus, sich selbst autonom zu organisieren. Gruppen, wie die Kurdische Freie Frauenbewegung (KJB) und der Stern Freier Fraueneinheiten (YJA Star) rufen zu weltweiter Solidarität zwischen Frauenbewegungen auf, gegen den patriarchalen Nationalstaat. Dilar Dirik, eine

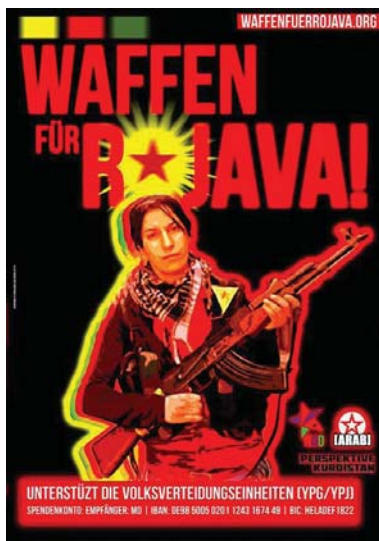
[2] The experiment of West Kurdistan (Syrian Kurdistan) has proved that people can make changes. <http://www.anarkismo.net/article/27301> [3] Democratic Autonomy in Rojava <http://new-compass.net/articles/revolution-rojava> [4] In a book written by Öcalan in 1992 titled Cozumleme, Talimat ve Perspektifler (Analyses, Orders and Perspectives), he stated: "These girls mentioned. I don't know, I have relations with thousands of them. I don't care how anyone understands it. If I've gotten close with some of them, how should this have been? (...) On these subjects, they leave aside all the real measurements and find someone and gossip, say 'this was attempted to be done to me here' or 'this was done to me there'! These shameless women both want to give too much and then develop such things. Some of the people mentioned. Good grace! They say 'we need it so, it would be very good' and then this gossip is developed (...) I'm saying it openly again. This is the sort of warrior I am. I love girls a lot, I value them a lot. I love all of them. I try to turn every girl into a lover, in an unbelievable level, to the point of passion. I try to shape them from their physique to their soul, to their thoughts. I see it in myself to fulfill this task. I define myself openly. If you find me dangerous, don't get close!"



pliziert und oft von internen Konflikten und Dynamiken aufgewühlt. Wenn das politische Programm vorangetrieben wird, kann es dezentralisiert sein, aber eher mit starken Möglichkeiten für eine soziale Demokratie als antistaatlich und sozialrevolutionär. Zudem muss immernoch viel Recherche über industrielle und landwirtschaftliche Ökonomie und Organisation betrieben werden. Das sollte Anarch@syndikalist*innen nicht davon abhalten, die Selbstverteidigung der Massen und ihre Selbstorganisation des Kampfes

in Rojava gegen IS, Lokalstaaten und den westlichen Imperialismus zu unterstützen. Aber wir sollten vorsichtig sein, um nicht die offiziellen Repräsentanten der kurdischen Bewegung mit ihren traditionellen staatlichen Parteien, wie PKK und PYD anzufeuern.

Lang lebe der Kampf der gequälten Massen und der freien Frauen! Mit den Unterdrückten gegen die Unterdrücker, immer!



Anzeige

dem YJA Star nahestehende Aktivistin, beschreibt in ihrer Rede die Errichtung eines „Staatenlosen Staates“. So sei die kurdische Frauenbewegung durch die Erfahrungen des Patriarchats in der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung und der kurdischen Gesellschaft insgesamt zum Schluss gekommen, dass die Errichtung eines neuen Staates nicht länger Teil des kurdischen Befreiungsprojektes sein sollte, da der Nationalstaat eine von Natur aus patriarchale Institution sei. Während viele Anarchist*innen mit dieser Analyse übereinstimmen und zustimmend nicken, macht Dirik jedoch klar, dass diese Bewegung im Moment nicht die generelle Überwindung des Staates fordert, sondern demokratische Autonomie innerhalb des Staates organisiert. Als Anarch@syndikalist*innen ist es unsere Pflicht aber kein Vorwurf, herauszustellen, dass der syrische Staat, wie der Rest der Nationalstaaten, die Rojava umschließen und in denen der Rest Kurdistans existiert, mit der Entwicklung des Projekts der regionalen demokratischen Autonomie nicht einfach verschwinden werden. Der Staat muss aktiv bekämpft und zerstört werden, von den Massen in jeder Nation. Es ist die historische Mission aller revolutionären internationalistischen libertären Kräfte.

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass die Entwicklung der sozialdemokratischen repräsentativen Demokratie, die patriarchale und ethnisch-nationalistische Vergangenheit der PKK (PYD-Führer Saleh Muslim wies auf die Notwendigkeit eines Kriegs hin, um die Araber zu vertreiben⁵, die Kooperation und der Waffenstillstand der PYD mit der FSA und den Islamisten⁶, der Wehrdienst seit Juli⁷ und die verschiedenen Elemente, die die Unterstützung der US- & internationalen Gemeinschaft suchen, Gründe genug sind zögerlich damit zu sein, die Tev-Dem zu sehr zu betonen. Die hellen Punkte, wo sie existiert, sind der Widerstand und die Selbstaktivierung der Massen sowie die Frauenbewegung. Soziale Prozesse des Wandels sind kom-

zahlenmäßige Proportion, und mit einer auf diesen Voraussetzungen aufgebauten gemeinschaftlichen Souveränität würde beiden Völkern das geben, was sie wirklich brauchen. Keins der beiden hätte dann noch zu fürchten, durch das andere majorisiert zu werden [...]. Wenn andererseits die Selbstbestimmung und die Entwicklungsfreiheit der jüdischen Gemeinschaft unerschütterlich gesichert wäre, könnte das binationale Gemeinwesen recht wohl sich einer Föderation arabischer Staaten anschließen, wodurch wieder der arabischen Bevölkerung Palästinas eine zusätzliche Sicherung gegeben wäre“ (Buber). Zur Verwirklichung einer binationalen, multiethnischen Gesellschaft im Nahen Osten sind vor allem diejenigen zu unterstützen, die für den Rückzug aus den besetzten Gebieten und gleichzeitig für ein sicheres und gleichberechtigtes Miteinander der Menschen eintreten, weder einen palästinensischen noch einen israelischen Einheitsstaat favorisieren, sondern für ein Gesellschaftsmodell optieren, in dem der einzelne Mensch ohne Angst verschieden sein kann. Das binationale, föderalistisch-dezentrale bzw. konföderalistische Konfliktlösungsmodell im Nahen Osten gründet auf nationaler Autonomie der jeweiligen Bevölkerungsgruppen bei gleichzeitig enger jüdisch-arabischer Kooperation sowie der Aufhebung des Gegensatzes von Minorität und Majorität. Im Rahmen dieser von unten nach oben und dezentral gegliederten Gesellschaft bestimmen, unter Wahrung weitgehender lokaler Selbstverwaltung, die Gemeinden, Bezirke und Kreise ihre Angelegenheiten selbstständig, ohne Einwirkung einer Zentralverwaltung - außer bei denen, die einer „allgemeineren Regelung“ bedürfen. Mittels den das ganze Land umfassenden autonomen Vertretungskörperschaften der beiden Nationalitäten wären also die Gemeinden und Bezirke, d.h. die assoziierten Gemeinden, sowie die autonomen Vertretungskörperschaften (territorial die Gemeinden und personal in den großen Städten mit gemischter Bevölkerung) gewissermaßen die Grundsäulen beider Bevölkerungsteile. Die nationalen Repräsentanz hätten als Aufgaben: soziale Fürsorge, religiöse Gerichtsbarkeit und Kultur. Auch hier wieder soll eine „völlige national-kulturelle Autonomie mit den notwendigen Rechten und Repräsentativorganen“ existieren. Gemeindeautonomie und kulturelle Autonomie der beiden Nationalitäten bilden so die Grundlagen der Koexistenz von Juden*Jüdinnen und Araber*innen.

Wie könnte sich das Verfahren einer binationalen Übereinkunft zwischen Juden*Jüdinnen und Araber*innen in Palästina/Israel konkret gestalten? Am Beginn dieses „geistig-politisch[n]“ Prozesses soll sich ein „gemeinsamer höchster Rat beider Völker“ konstituieren, „der in der notwendigen Übergangszeit zum binationalen Gemeinwesen die gemeinsamen Angelegenheiten zu verwalten haben wird“ und der „an der Entwicklung der Solidarität und Kooperation, an der Entwicklung des gegenseitigen Vertrauens“ arbeiten soll. Des Weiteren finden sowohl in Israel als auch seitens der palästinensischen Autonomiebehörde zuallererst Volksabstimmungen statt: über eine Verfassung, die alle Einwohner*innen zu politisch, ökonomisch und sozial gleichberechtigten Bürger*innen erklärt sowie darüber, ob sich für den binationalen Weg eine Mehrheit findet. Danach beginnen beide Seiten mit Beitrittsverhandlungen zur Beschließung einer verfassungsgebenden Versammlung. Beide Bevölkerungen - Juden*Jüdinnen und Araber*innen - bleiben am Anfang noch in ihren jeweiligen Wohngebieten voneinander getrennt. Im ökonomischen Bereich dagegen wird sofort eine enge, uneingeschränkte Zusammenarbeit angestrebt. Martin Buber schlug vor, Israel/Palästina vollständig föderalistisch zu gliedern, mit einer übergeordneten nationalen Vertretung, zuständig für Außen- und Innenpolitik und Rechtswesen, während im Bereich vor allem der Bildungspolitik, der Verkehrs- und Wirtschaftsförderungs- und womöglich auch Religions- und Familienpolitik die kantonalen Prinzipien [...] gelten würden.“ Einheitlich und gemeinschaftlich ausgeübt werden sollen die „gesetzgebende Gewalt und die effektive Kontrolle des Territoriums [...]“. Weitere Schritte hin zu dieser binationalen Regierung wäre die Konstituierung einer paritätisch aus Juden*Jüdinnen und Araber*innen zusammengesetzten „verfassungsgebenden Versammlung“, die einen gemeinsamen Verfassungsentwurf erarbeitet, „der in beiden - jüdischen und arabischen - Personenverbänden zur Abstimmung gestellt wird“, unter der Voraussetzung einer zuvor ermittelten Zweidrittelmehrheit in den beiden Personenverbänden. Die Verfassung verbietet die „föderative Einheit, und zwar so, dass alle im nationalen Parlament beschlossenen Vorlagen nur dann in Kraft treten, wenn sie in den Personenverbandsparlamenten eine mindestens einfache Mehrheit gefunden haben.“ Die nationale Exekutive besteht aus „je einem Mitglied jeder im nationalen Parlament“ vertretenen Gruppe, „was den Zwang zur Konsensfindung verstärkt.“ Zweifelloso fordert dieses binationale Konzept beiden Seiten viel ab: Der palästinensischen Seite die Hinnahme der meisten Ergebnisse der bisherigen Siedlungspolitik Israels im Austausch gegen volle Freizügigkeit und Gleichberechtigung im neuen binationalen, entmilitarisierten Gemeinwesen. Die jüdisch-israelische Seite müsste mit einer großzügigen finanziellen Regelung der durch die Vertreibung und Flucht arabischer Einwohner*innen entstandenen Verluste aktiv werden. Voraussetzung hierfür ist, dass keine weiteren israelischen Wohnsiedlungen auf palästinensischem Gebiet errichtet werden und dass den juristisch gleichgestellten palästinensischen Israelis die tatsächliche gesellschaftliche und ökonomische Gleichberechtigung eingeräumt wird. Seitens der Palästinenser*innenorganisationen wäre es an der Zeit, endlich auf die „Befreiung ganz Palästinas“ zu verzichten und sich zu demokratischen Verbänden zu wandeln. Um den Prozess einer binationalen Versöhnung zwischen Israelis und Palästinenser*innen voranzubringen, ist der deutschsprachigen Linken eher Zurückhaltung und Differenzierung anzuraten. Ansatzpunkte für eine aktive Solidarität deutschsprachiger Libertärer im Israel-Palästina-Konflikt liegen in Deutschland und Österreich selbst: nämlich den ansteigenden Antisemitismus zu bekämpfen, für freie und solidarische Gesellschaften zu sorgen sowie im Hinblick auf den Israel-Palästina-Konflikt diejenigen Kräfte zu unterstützen, die sich für ein gleichberechtigtes, säkulares und friedliches Zusammenleben von Juden*Jüdinnen, Palästinenser*innen, sprich: allen Menschen in dieser Region engagieren.

Das Buch

„Antisemit, das geht nicht unter Menschen“. Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel. Hrsg. von Jürgen Mücken und Siegbert Wolf. Band 2: Von der Staatsgründung bis heute. Lich/Hessen: Verlag Edition AV, 2014, 273 S., 18,- €. - ISBN 978-3-86841-118-8.

[5] PYD Leader Warns of War with Arab Settlers in Kurdish Areas <http://rudaw.net/english/middleeast/syria/24112013> [6] Details about the development of an alliance between the PYD and the FSA and Islamist forces including a split from Syrian Al Qaeda. (<https://now.mmedia.me/en/reports/features/564212-fsa-fighting-alongside-kobane-kurds/>) http://www.ozgur-gundem.com/index.php?haberID=11838&haberBaslik=YP-Guve-%C3%96S0-%27ortak-eylem-merkez%27-kurdu&action=haber_detay&module=nuce) [7] Conscriptio begins in the Kurdish region of Syria, evasion elsewhere (<http://www.wri-irg.org/node/23519>) - See more at: <http://ideasaction.info/2014/10/rojava-anarcho-syndicalist-perspective/#sthash.qmHFl0oDuf>

modernen Antisemitismus entwickelte." Deutlich zu unterscheiden ist also zwischen der deutschen/österreichischen Nation, deren Entstehung und Artikulation antisemitisch war, und der israelischen Nation. Solange die Forderung „Nie wieder Deutschland/Österreich“ nicht realisiert worden ist, funktioniert der jüdische Nationalstaat vor allem als Existenzsicherung jüdischer Menschen gegenüber dem weltweit grassierenden Antisemitismus. Hinzu kommt das Versagen der deutschen und österreichischen Arbeiter*innenbewegung gegenüber Nationalsozialismus und Faschismus und deren Unvermögen, ihr Versprechen der sozialen Revolution einzulösen: „Eben weil es die (kommunistische, anarchistische und sozialdemokratische) Linke nicht schaffte, die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft zu erstreiten, bedarf es heute des Staates Israel als Ort der Zuflucht für alle von Antisemitismus Bedrohten. [...] Dieses Spezifikum des zionistischen Staates sollte von einer antinationalen Linken nie ausgeblendet werden“ (Anarchistische Gruppe Freiburg).

Eine anarchistische Perspektive, die auf einer herrschaftskritischen Analyse beruht, die sich weder dem antiimperialistisch-antizionistischen noch dem antideutschen Flügel zuordnet, hat sich bei der Betrachtung des Israel-Palästina-Konfliktes vor allem auf das Individuum - ob Araber*innen, Juden*Jüdinnen oder andere Bevölkerungsgruppen im Nahen Osten - zu fokussieren und von dessen Bedürfnissen auszugehen. Das setzt voraus, sich vom antiimperialistischen Antizionismus zu lösen. Ferner sollten die konkreten Erfahrungen der Überlebenden der Shoah in das eigene Denken und Handeln miteinbezogen werden, wonach das Grundgefühl verloren ging, „das ein Mensch für ein glückliches Leben braucht: das Vertrauen darauf, dass Menschen auf Gegenseitigkeit angelegt sind und die Menschen um ihn herum grundsätzlich nicht Böses im Sinn haben.“ Notwendig bleibt anhaltende Empathie, die alltäglich gelebte Solidarität mit den Überlebenden der Shoah (und nicht erst dann, wenn sie gestorben sind) sowie die fortgesetzte „Thematisierung des Antisemitismus“, besonders in der eigenen Herkunftsfamilie: Dies bedeutet „immer eine Störung linker Gemütslichkeit. Daran führt kein Weg vorbei. Die Frage ist, ob es die Bereitschaft dazu gibt, mit der Beschäftigung mit dem Antisemitismus auch die eigene Position als deutsche/r Linke/r (Anarchist*in, Syndikalist*in - d. Hrsg.) in Frage zu stellen [...]? An diesem Punkt hilft keine Nabelschau, sondern oft nur Konfrontation.“

VI. Der israelisch-palästinensische Konflikt zweier Bevölkerungen um ein Land ist primär ein Konflikt zweier Nationen. Einzig Juden und Jüdinnen wird das „Opfer ihrer Nationalität zugemutet“, während weite Teile der Linken einseitig den nationalen Ehrgeiz etwa der Palästinenser*innen befürworten. Als konsequente Antinationalist*innen hegen Anarchist*innen kein Interesse an nationalistischen Ambitionen, sondern allein an sozialem Emanzipatorischen, auf das Individuum ausgerichteten Entwürfen. Anarchistisches Anliegen sollte es sein, eine gerechte Perspektive zu umreißen, die sowohl den Ambitionen der Palästinenser*innen nach Selbstbestimmung Genüge leistet als auch die Bedrohung seitens arabischer Nachbarstaaten auflöst und damit das Sicherheitsgefühl für die Israelis erhöht. Zugleich sind Forderungen nach nationaler Souveränität stets kritisch zu hinterfragen. Historische Erfahrungen belegen, dass

nationalstaatliche Souveränität sich, um Staatsvolk zu werden, in ein Herrschaftsinstrument verwandelt und der Zwang zur Homogenität ökonomische und politische Herrschaft begünstigt, auf Kosten sozialer Individualität. Anarchistische Solidarität gilt denjenigen Menschen, die konkret Opfer von Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Religionen sind und die im Prozess von Nationalstaatsbildung Gefahr laufen, unter die „Räder“ zu geraten: Frauen, Lesben, Schwule, Transsexuelle, politisch und religiös Andersdenkende. Nur ein libertär-universalistischer Standpunkt, der fortwährend Partei für das Individuum ergreift, gerät nicht in die „Falle“ eines rassistischen Antirassismus. Freiheitliche Prinzipien eines gleichberechtigten Zusammenlebens zwischen Juden*Jüdinnen, Araber*innen und anderen Bevölkerungen im Nahen Osten könnten sein: gegenseitige Achtsamkeit, Schaffung öffentlicher Räume zur Vertrauensbildung, Einübung gewaltfreier Kommunikation, Aufbau von Ich-Du-Beziehungen auf Augenhöhe, Abbau von Herrschaftsbeziehungen, Bemühen um gegenseitige Empathie, Offenheit und Aufmerksamkeit, Aufhebung von Statusunterschieden, Widersprüche bei sich und bei Anderen zulassen und aushalten, Verzicht darauf, den anderen physisch oder emotional zu verletzen, Vergebung ohne zu vergessen, den ersten Schritt tun - und vor allem: die Lösung der Konflikte in den Mittelpunkt rücken. Nur ein Standpunkt, der allen Betroffenen gerecht wird, kann Frieden und Gerechtigkeit überhaupt erst ermöglichen. Wer die Aussöhnung zwischen jüdischen Israelis und arabischen Palästinenser*innen fördern will, muss darauf bestehen, dass beide Seiten aufmerksam gegenüber dem Leiden des anderen sind und das gegenseitige Leiden anerkennen. Anarchistischer Antietatismus meint, den Nationalstaat Israel zukünftig durch eine andere Gesellschaftsform zu ersetzen, die zugleich einen palästinensischen Nationalstaat überflüssig macht, ohne allerdings von den Israelis zu verlangen, dass ausgerechnet sie weltweit die ersten sein sollten, die auf ihren Staat verzichten - jede/r Anarchist*in ‚kehre‘ in dem Nationalstaat, in dem er/sie lebt!

VII. Als anarchistisches Modell zur Lösung des Israel-Palästina-Konfliktes vermag der maßgeblich von Martin Buber entwickelte Ansatz einer nichtstaatlichen, föderalistischen Binationalität - bei gleichzeitiger enger Kooperation mit den arabischen Nachbarstaaten in einer vorderasiatischen Föderation - die Möglichkeit eines gleichberechtigten und friedlichen Zusammenlebens aller Menschen in dieser Region zu eröffnen: „Was jedes der beiden in Palästina nebeneinander und durcheinander lebenden Völker tatsächlich braucht, ist Selbstbestimmung, Autonomie, freie Entscheidungsmöglichkeit. Das bedeutet aber keineswegs, dass es einen Staat braucht, in dem es dominiert. Die arabische Bevölkerung braucht zur freien Entfaltung ihrer Kräfte keinen arabischen Staat und die jüdische braucht zur Entfaltung der ihren keinen jüdischen; beides kann in einem binationalen Gemeinwesen gewährleistet werden, in dem jedes Volk seine spezifischen Angelegenheiten verwaltet und beide miteinander ihre gemeinsamen. [...] Ein binationales Gemeinwesen mit möglichst weitgehend abgegrenzten Siedlungsbezirken und zugleich mit möglichst weitgehender wirtschaftlicher Kooperation, mit vollkommener Gleichberechtigung beider Partner ohne Rücksicht auf die jeweilige



Over the walls of nationalism

Die Balkan Anarchist Bookfair (BAB) wurde 2003 von Anarchist*innen aus Ljubljana, Slowenien, initiiert und wandert seitdem durch die Städte des Balkans, in denen radikaler Widerstand gegen Staat, Kapital und Nation organisiert und artikuliert wird. In diesem Jahr fand die BAB in Bosnien statt.¹

★ von Tino Topaloff

Ziel der BAB war und ist es, die bereits bestehenden Kontakte zwischen Anarchist*innen und anarchistischen Kollektiven im Balkan zu festigen sowie einen offenen und transparenten Raum zu schaffen, in dem gemeinsame Perspektiven entwickelt und kollektive Kämpfe gestaltet werden können. Und tatsächlich ist die Buchmesse das sichtbarste und zentrale Ereignis eines anarchistischen Balkan-Internationalismus und der regionalen anarchistischen Vernetzung und Organisierung geworden. Hier werden Diskussionen geführt, Kontakte ausgetauscht, Pläne geschmiedet, es zirkulieren Merchandise, Bücher und Zines und es wird gemeinsam gefeiert.

Die diesjährige BAB fand vom 5. bis 6. September im bosnischen Mostar statt. Die organisierende Gruppe Antifa Mostar hatte ihr bereits zum fünften Mal stattfindendes Antifa-Festival kurzerhand mit der BAB zusammengelegt. Dadurch fanden tagsüber allerhand inhaltliche Veranstaltungen statt und spielten abends überwiegend antifaschistische Punk-, Crust- und Hiphop-Bands aus ganz Post-Jugoslawien sowie Albanien. Thema der diesjährigen BAB waren Nationalismus und antinationale Kämpfe, Antikapitalismus und das Engagement gegen Krieg.² Ca. 100 Menschen aus fast allen Balkanländern sowie größere Gruppen aus Wien, Graz und Leipzig waren vor Ort, betreuten oder begutachteten die Stände mit Merchandise, Büchern und Zines³ und nahmen an Workshops und Konzerten teil.

Was tun zwischen den Aufständen?

Die soziale Revolte in Bosnien und Herzegowina vom vergangenen Februar war zweifelsohne das bestimmende Thema. In Bezug dar-

auf gab es nicht nur eine Podiumsdiskussion zu weiteren Organisationsstrategien der lokalen sozialen Bewegung, sondern auch einen Vortrag von Crimethinc. Ex Workers Collective⁴ im Rahmen der diesjährigen Balkantour von „After the Crest. What Do We Do between Upeavels“ [Nach dem Gipfel. Was tun zwischen den Aufständen]. Die Vortragsreihe, die ein Mitglied von Crimethinc, gemeinsam mit einer Genossin des Infoladens aus Ljubljana durch verschiedenste Städte des Balkans führte⁵, beschäftigt sich unter ständigem Praxisverweis mit anarchistischer Initiative und Intervention in aufständischen Situationen und sozialen Bewegungen.⁶ Die Idee zur Balkantour entstand in Gesprächen zwischen Crimethinc-Mitgliedern und Genoss*innen in Slowenien und trägt den Aufständen und Bewegungen Rechnung, die in den letzten Jahren, teils unter maßgeblicher Beteiligung der lokalen Anarchist*innen, die Metropolen des Balkans erschütterten. Ziel waren sowohl das weitere Kennenlernen innerhalb des Balkans wie auch die Vernetzung unter Anarchist*innen aus dem Balkan und aus Nordamerika, der Transfer von Wissen und Erfahrungen sowie das Gestalten des kollektiven widerständigen Gedächtnisses der transnationalen anarchistischen Bewegung.

Desweiteren berichtete ein Genosse aus Kroatien über seine Erfahrungen in anarchistischen Solidaritäts- und Antikriegs-Initiativen während der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren, ein anderer setzte sich nationalismuskritisch mit der national-revolutionären Bewegung Mlada Bosna [Junges Bosnien] und ihrem bekanntesten Vertreter Gavriilo Princip, dem Attentäter von 1914, auseinander. Es gab einen Vortrag zu nationalistischen Tendenzen in der Bewegung

[1] Nach Ljubljana (2003) folgten Zagreb (2005), Sofia (2008), Thessaloniki und Athen (2009), Zrenjanin (2010), Skopje (2011), zum zehnjährigen Jubiläum kehrte der BAB nach Ljubljana (2013) zurück und erreichte nun Mostar (2014). [2] <https://bab2014.wordpress.com/2014/07/11/8th-balkan-anarchist-book-fair-over-the-walls-of-nationalism/> [3] Folgende Gruppen waren mit eigenen Ständen angereist: Antifa Zagreb, Antifa Novi Sad, der Infoladen Furija aus dem besetzten INEX Film-Komplex aus Belgrad, der Infoshop Iskra aus Zadar, Crimethinc, der A-Infoshop aus dem Metelkova-Squat aus Ljubljana sowie einige österreichische Genoss_innen unter anderem von Bahoe-Books aus Wien [4] Crimethinc. Ex-Workers Collective ist seit Mitte der 1990er Jahre in den USA gegründetes dezentrales Netzwerk anarchistischer Gruppen, das seitdem eine Unmenge an Publikationen herausgegeben hat und regelmäßig mit Vorträgen durch Europa tourt: <http://crimethinc.com> [5] Zum Tourplan: <http://www.crimethinc.com/blog/2014/08/26/crimethinc-in-scandinavia-and-the-balkans/> [6] Die aufgestellten Thesen sowie Berichte von Anarchist*innen über ihre Beteiligung in den Bewegungen der letzten Jahre können in dazu veröffentlichten Zines nachgelesen werden: <http://www.crimethinc.com/texts/recentfeatures/atc-dust.php>

zur Erhaltung Rošja Montanäs und das Kollektiv des selbstverwalteten und autonomen Koko Lepo Kindergartens(7) im INEX-Squat in Belgrad stellte sich vor. Fünf mal die Woche wird dort eine Gruppe von Roma-Kindern aus der benachbarten Siedlung unter Anwendung antiautoritärer Bildungskonzepte betreut.

Das Gesamtplenum gegen Ende des diesjährigen BAB diskutierte die unheilvolle Kombination nationalistischer Ideen und anarchistischer Rhetorik bzw. die Aneignung der anarchistischen Tradition durch neofaschistische Splittergruppen, wie sie sich während der Revolte in Bosnien in Form der Slobodari-Gruppe aus Sarajevo zeigte.(8) Dabei wurde sich auf eine gemeinsame Stellungnahme geeinigt, in der jede Form von Nationalismus grundsätzlich abgelehnt wird. Der Text kann auf dem Blog zum BAB 2014 nachgelesen werden.(9)

Von Politourismus zu aktiver Vernetzung

Für deutsche radikale Linke und Anarchist*innen, die gerne bei allen möglichen Veranstaltungen im östlichen Europa und im Balkan auftauchen und teilnehmen, sollte sich längerfristig die Frage stellen, ob und wie es möglich ist, diese politouristischen Reisen zu einer nachhaltigen Praxis auszubauen. Dasselbe Problem scheint letzten Endes zur Gründung des (anti-)europäischen Netzwerks Beyond Europe geführt zu haben. So heißt es in deren Grundsatzpapier: „Glücklicherweise haben viele Gruppen und Personen die Notwendigkeit eines Weiterkommens erkannt: Vom reinen Besuchen und Konsumieren der „Hotspots“ (radikalen) Protests und vom radikalem Journalismus hin zu einer fortgeschrittenen Ebene der Aktivität und Solidarität, dem Aufbau beständiger Verbindungen mit Genoss*innen an diesen Orten.“(10) Als ein gelungenes Beispiel, wenn auch nicht aus explizit antiautoritärer Richtung, für eine stabile Kooperation zwischen Gruppen aus Deutschland und dem Balkan kann das antifaschistische Solidarnost-Kollektiv gelten.(11) Es pflegt nicht nur beständig Austausch und Diskussionen, sondern organisiert auch Informationsveranstaltungen in der BRD und versucht sich als bzw. gemeinsam mit dem linken Flügel der jugoslawischen Diaspora in einer lokalen Praxis in Berlin.

Über den Austragungsort der nächsten Balkan Anarchist Bookfair wird noch heiß diskutiert. Sicherlich würde es nicht schaden, die folgenden Buchmessen weiter zu verfolgen. Schließlich könnten sich

Plakat der diesjährigen Buchmesse (Foto: AntifaBiH)

auch in der BRD und Österreich aktive Gruppen einiges von den Kollektiven und Projekten im Balkan abgucken und ein kontinuierlicher Austausch würde nicht nur helfen, die vergangenen und kommenden Aufstände in der südöstlichen Peripherie der EU besser zu verstehen, sondern auch gemeinsame Kämpfe anzugehen.

[7] <http://crucifiedfreedom.blogspot.de/2014/09/the-koko-lepo-autonomous-kindergarten.html> [8] <http://www.sabotagemedia.anarkia.org/2014/03/on-self-styled-libertarians-and-anti-authoritarians-from-bosnia/> [9] <http://bab2014.wordpress.com/2014/09/13/over-the-walls-of-nationalism-and-wars/> [10] <http://beyondeuropa.net/95/about-us-deutsche-version/> [11] <http://solidarnost.blogspot.eu/>

beitrug. Die Vorstellung vom „hässlichen Juden“ ist heute weitgehend abgelöst worden von derjenigen des „hässlich unmenschliche[n] Israeli“. Der moderne Antisemitismus ist mehr als Judenfeindschaft, nämlich ein „kultureller Code“, der die antiintellektuelle Sehnsucht nach einer einfachen Welterklärung befriedigt, die den Kapitalismus letztlich unbeschadet lässt. Dieser „Antikapitalismus“ betreibt anstelle der „Kritik der politischen Ökonomie“ eine Personalifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse, vor allem des Kapitals, in dem persönlich Schuldige gesucht werden, wofür sich ‚der Jude‘ aufgrund der langen Geschichte der Judephobie anbietet. Während das Industriekapital mitsamt der Lohnarbeit, der Adressat tatsächlicher Ausbeutung, „kein Ziel antisemitischer Angriffe“ ist, wird das Finanzkapital und vor allem das Geld „als ‚Quelle allen Übels‘ [...] der angeblich gesellschaftlich ‚natürlichen‘ Dimension der Arbeit und ihrer Produkte gegenübergestellt [...] Dieser ‚Antikapitalismus‘ basiert auf dem einseitigen Angriff auf das Abstrakte - abstrakte Gesetze, abstrakte Vernunft, oder [...] Geld und Finanzkapital - vom Standpunkt des ‚gesunden‘, ‚natürlichen‘ Konkreten. [...] Der moderne Antisemitismus beinhaltet eine Biologisierung des Kapitalismus [...] als internationales Judentum“ (Moishe Postone). Dass der Antisemitismus weltweit beunruhigend ansteigt - eine Folge der Globalisierung totalitärer Ideologien -, belegen nicht nur das Berliner „Zentrum für Antisemitismusforschung“ und das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), sondern jüngst auch eine Umfrage der „Agentur für Grundrechte der Europäischen Union“ (2013) bei mehreren tausend Juden und Jüdinnen. Aus Furcht vor antisemitischen Übergriffen verbirgt heute ein deutlich gesteigener Prozentsatz europäischer Juden und Jüdinnen ihre Identität - auch in der Linken selbst.

Für die Mehrheit der politischen Linken in Deutschland und Österreich nach 1967/68 ist die Beschäftigung mit Antisemitismus, Nationalsozialismus und der Shoah sowie mit dem bereits damals antizionistisch aufgeladenen eliminatorischen Antisemitismus ihrer Eltern und Großeltern kein dringendes Thema, mit dem sie sich kontinuierlich auseinandersetzen. Hinter diesem Verdrängungsprozess verbirgt sich eine Haltung der Schuldabwehr vor dem Erbe der Nationalsozialisten, der Wunsch der deutschen Linken, nicht belastet zu sein mit dem, was hier geschehen ist. Der Wunsch nach Entlastung von Schuld als Schuldabwehr, Schweigen und Leugnung bewirkt eine Täter-Opfer-Umkehr: Er entlastet die Täter*innen von den NS-Verbrechen und belastet die Opfer (Stichwort: sekundärer Antisemitismus).

V. Gleich vielen Juden und Jüdinnen, die in einem kritisch-solidarischen Verhältnis zu Israel stehen, ohne etwa die palästinensische Flüchtlingsproblematik zu ignorieren, erkannte auch Jean Améry, dass der jüdische Staat, eine unmittelbare Folge der Shoah, Garantie des Lebens und Überlebens aller Juden und Jüdinnen, angesichts eines weltweit sogar ansteigenden Judenhasses bietet: „Wer die Existenzberechtigung Israels in Frage stellt, der ist entweder zu dumm, um einzusehen, dass er bei der Veranstaltung eines Über-Auschwitz mitwirkt, oder er steuert bewusst auf dieses Über-Auschwitz hin.“ Was Améry alarmierte, waren die verhängnisvollen Auswirkungen des Anti-Israellismus verkleideten Antisemitismus innerhalb der antiimperialistischen Linken: „Fest steht: Der Antisemitismus, ent-

halten im Anti-Israellismus oder Antizionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar. Er kann ordinär reden, dann heißt das ‚Verbrecherstaat Israel‘. Zwar gab es anarchistischerseits, etwa seitens von Willi Paul und Heiner Koehlin, Widerstand gegen diesen antisemitischen Antizionismus, der der Schuldabwehr der Massenverbrechen der Deutschen und Österreicher*innen während des Nationalsozialismus dient. Und der russisch-amerikanische Arbeiteranarchist Sam Dolgoff (1902-1990) schreibt in seinen „Memoiren“ über seine Erfahrungen während einer Israel-Reise Mitte der 1970er Jahre: „Trotzdem sind die israelischen Genossen, genauso wie andere Strömungen, dazu gezwungen, die Tatsache zu akzeptieren, dass Israel verteidigt werden muss. [...] In Diskussionen mit israelischen Anarchisten wurde betont, dass die einseitige Auflösung des israelischen Staates überhaupt nicht anarchistisch wäre. Es würde im Gegenteil nur die ungeheure Macht der arabischen Staaten noch vergrößern und ihre Pläne zur Eroberung Israels beschleunigen.“ Gleichwohl sollte es bis Ende der 1980er Jahre dauern, bis zumindest in der deutschsprachigen (nichtjüdischen) anarchistischen Linken das Thema Antisemitismus, Zionismus und Israel umfassend selbstkritisch beleuchtet wurde. Unmittelbarer Anlass bot die im Rahmen der ersten palästinensischen Intifada 1988 lancierte antizionistisch-antisemitische Unterstützungskampagne der Hausbesetzerzone in der Hamburger Hafenstraße, wo an einer Hauswand großflächig, Israel dabei mit Anführungszeichen versehen, gesprüht worden war: „Boykottiert ‚Israel‘! Waren, Kibbuzim und Strände. Palästina - Das Volk wird dich befreien.“ Seitens Libertärer wurde diese Kampagne zu Recht als antisemitisch gebrandmarkt, weil Boykotte gegen jüdische Menschen in Deutschland historisch assoziiert werden mit den NS-Boykotten „Kauft nicht bei Juden!“ nach 1933. Innerhalb der anarchistischen Bewegung zeugte die intensive Debatte über Antisemitismus in der Linken bzw. über den Israel-Palästina-Konflikt von der Notwendigkeit einer nachholenden Aufarbeitung. Auch während des Golfkriegs 1991 rückte das Thema Antisemitismus innerhalb der Antikriegsbewegung in den öffentlichen Fokus. Im Rahmen der damaligen anarchistischen Diskussion zur Lösung des Israel-Palästina-Konflikts finden sich zwei Optionen - Zweistaatlichkeit und Binationalität. Die anarchistische Antistaatlichkeit meint die Ersetzung durch kommunitive, föderalistische und dezentrale Gesellschaften, „nur auf dieser Grundlage wäre eine Kritik am israelischen Staat und an der palästinensischen Staatsgründung legitim. Jede Besonderheit einer Kritik am Staat Israel - und nur am Staat Israel - wäre antisemitisch. Mit Blick auf die deutsche Geschichte wäre für deutsche Libertäre zudem zu fragen, ob mit der Abschaffung der Staaten ausgerechnet bei Israel angefangen werden müsste.“

Was lässt sich aus dem bisher Beschriebenen folgern? Unser Ausgangspunkt ist die These, dass wir nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus und der Shoah libertäre (Anti-)Politik nicht mehr betreiben bzw. soziale Bewegungen nicht mehr organisieren können wie vor dem Zivilisationsbruch Auschwitz: „Auch ein von Anarchist*innen häufig vertretener abstrakter Antinationalismus scheint nicht mehr zeitgemäß. Es gibt“, so die „Anarchistische Gruppe Freiburg“, „einen Unterschied zwischen dem deutschen völkischen Nationalismus, der in der Shoah seinen traurigen Höhepunkt fand, und dem israelischen Nationalismus, der sich als Reaktion auf den

Sinti und Roma) blind war. Die freie Verbindung von selbstbewussten Individuen ohne Hierarchie, Herrschaft und Patriarchat hat nur dann eine Chance, grundlegend emanzipatorisch zu wirken, wenn die historisch extrem negativen Erfahrungen der Shoah als Grundpfeiler einer anarchistischen (anti-)politischen Kultur betrachtet werden. Im Verständnis eines universalistischen Zugangs zur eigenen Geschichte bedeutet dies die unbedingte Einnahme der Perspektive der Opfer. Der kategorische Imperativ der Kritischen Theorie, nämlich, „dass Auschwitz nicht sich wiederhole“ (Adorno) meint, dass eine emanzipatorische, freiheitliche und humane Entwicklung der Menschheit nicht möglich ist ohne die garantierte Freiheit der Juden und Jüdinnen weltweit. Die Bekämpfung des Antisemitismus ist dabei immer mitzudenken und in konkretes libertäres Handeln einzubeziehen.

III. Während die nonkonformistischen Intellektuellen der „Kritischen Theorie“ sowie Shoah-Überlebende wie Jean Améry aus den schrecklichen Erfahrungen mit den NS-Massenmorden erkenntnistheoretische und zugleich praktische Konsequenzen zogen, mangelt es in der deutschsprachigen anarchistischen Bewegung - von Ausnahmen abgesehen - bis heute an entsprechenden libertären Handlungsoptionen. Nach dem Zweiten Weltkrieg führte der deutschsprachige Anarchismus eine „Randexistenz.“ (Hans Jürgen Degen) Das NS-Regime hatte die anarchistisch-/syndikalistischen Strukturen zerschlagen. Die aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern sowie aus dem Exil zurückgekehrten Anarchist*innen und Anarchosyndikalisten*innen mussten sich eingestehen, dass ihre ideologische und organisatorische Kontinuität unwiderruflich zerstört war. Hinzu kam, dass die deutschen Anarchosyndikalisten eigentlich „kein Konzept für ein Deutschland nach dem Nationalsozialismus“ (Degen) aufweisen konnten. Das galt z.T. ebenso hinsichtlich einer anarchistischen Positionierung gegenüber der 1947 von den Vereinten Nationen völkerrechtlich vollzogenen, 1948 erfolgten Gründung des Staates Israel. Verständnis für die besonderen Entstehungsbedingungen und die daraus folgende Notwendigkeit eines jüdischen Nationalstaats äußerten, trotz ihrer grundlegenden Staatskritik, viele Anarchist*innen, darunter Rudolf und Milly Rocker, Helmut Rüdiger, Augustin Souchy, Willi Paul u.a. Sie sympathisierten mit Israel als „einer Heimstätte der Verfolgten“ und vor allem mit dem genossenschaftlichen „Experiment der Kibbutzim, die zwar den Kapitalismus nicht brechen“ konnten, „deren Strahlkraft aber über ihr Realgewicht weit hinausgeht.“ Die genossenschaftliche, auf Kollektiveigentum an Grund und Boden gründende Siedlungsbewegung der Kibbutzim, die - neben den freiheitlichen Kollektivierungen während der Spanischen Revolution 1936 bis 1939 - als das bedeutendste und langlebteste Experiment einer kommunistischen Lebensform und als Realisierung einer Sozialutopie gilt, ist zu den beachtlichsten Gemeinschaftsprojekten des 20. Jahrhunderts zu zählen - auch wenn die Idee der Kibbutzkollektivität heute infolge grassierender Individualismus und der Abkehr junger Menschen vom kollektiven Leben spürbar leidet. Auch das binationale Konzept eines friedlichen und gleichwertigen Zusammenlebens von Juden*Jüdinnen und Araber*innen im gesamten Nahen Osten, das vor allem der libertäre, mit Gustav Landauers kommunitärem Anarchismus sympathisierende Sozi-

philosoph Martin Buber vertreten hat, fand deren Zustimmung. Trotz ihrer Skepsis gegenüber der zivilisierenden Wirkung von Nationalstaatlichkeit erkannten so manche Anarchist*innen und Anarchosyndikalisten*innen die Notwendigkeit eines jüdischen Staates als Folge der vom deutschen Nationalsozialismus begangenen Shoah an. Solange es Antisemitismus weltweit gebe, sei es Juden und Jüdinnen nicht zuzumuten, als Minderheit in jüdeophoben, nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaften zu leben. Zugleich verliehen sie ihrer Sorge Ausdruck, ob auf diesem Wege eine wirkliche Lösung der brennenden Probleme erreicht werden könnte. Deutschsprachige Anarchist*innen (Milly Witkop, Rudolf Rocker, Helmut Rüdiger, Fritz Linow, Willi Paul, Heiner Koechlin, Georg und Anni Hepp) teilten über den Zweiten Weltkrieg hinaus ihre radikale Ablehnung nicht nur des sowjetisch-stalinistischen Totalitarismus, sondern sämtlicher Ausprägungen des Nationalismus. Dies schloss die Zurückweisung des sog. antiimperialistischen Antizionismus, der einzig den jüdischen Nationalismus stigmatisiert, innerhalb der „Neuen Linken“ nach 1967 ein. Der linke Antiimperialismus als eine Variante des Nationalismus, der das Selbstbestimmungsrecht unterdrückt, ‚Völker‘ in den Fokus stellt, ist hinsichtlich der jüdischen Nation insofern inkonsequent, da sich weite Teile der antiimperialistischen Linken bis heute weigern, das Selbstbestimmungsrecht der jüdischen Nation sowie die Souveränität Israels anzuerkennen - was „de facto gegen jüdische Personen gerichtet“ ist. Für den syndikalistischen Arbeiteranarchisten Willi Paul und seine libertären Mitstreiter*innen in der 1947 gegründeten „Föderation Freiheitlicher Sozialisten“ (FFS) war die völkerrechtliche Gründung des Staates Israel 1948 ein eindeutiges Ergebnis der Shoah und damit ein Akt der Gerechtigkeit für die Überlebenden dieses Massenmordes am europäischen Judentum. Solange es Antisemitismus weltweit gebe, hätten Anarchist*innen dagegen aufzutreten und zu akzeptieren, dass jüdische Menschen ihren eigenen Schutz vor jüdeophoben Übergriffen organisieren.

IV. Nachdem die politische Linke ihren philosemitisch-proisraelischen Kurs im Sommer 1967 mehrheitlich aufgekündigt hatte und sich danach überwiegend antizionistisch positionierte, führte dies unmittelbar zur Glorifizierung des marxistischen Antiimperialismus, der aufgrund seiner nationalistischen Grundierung einem freiheitlichen, globalen Internationalismus diametral entgegen steht. Dennoch ließen sich viele Nach-68er-Libertäre davon anstecken, im Gegensatz zu zahlreichen bereits vor 1933 aktiven Altanarchist*innen, denen Israel aufgrund seiner besonderen Geschichte, der ihr gegenüber verspürten Verantwortung und der Bewunderung für das genossenschaftliche Gemeinschaftsmodell der Kibbutzim ein Land der Hoffnung blieb. So nahm der Antizionismus als antiimperialistischer Antisemitismus eine verhängnisvolle Entwicklung - nicht zuletzt für die Linke selbst, die allein den jüdischen Nationalismus grundlegend ablehnte, ohne dessen Entstehung aus einer Erfahrung der generellen Nichtakzeptanz in der deutschen und österreichischen Gesellschaft heraus zu deuten. Dies führte dazu, dass die linksradikale, antizionistische Bewegung nicht an die Seite der ehemals Verfolgten und Überlebenden der Shoah trat, und wenig zur Bekämpfung des Antisemitismus



Für die Anarchistische Föderation der Karibik

Seit einiger Zeit erstarbt der Anarchismus in der Karibik. Eine kubanische und eine dominikanische Gruppe rufen nun zur Gründung einer anarchistischen Föderation auf.

★ von: Kiskeya Libertaria (Dominikanische Republik) und Taller Libertario Alfredo López (Kuba) / Übersetzung: BS

Vorwort der Redaktion: Der im Text erwähnte, geplante Kongress ist mittlerweile für das Wochenende am 21./22.3.2015 in Santiago de los Caballeros (Dominikanische Republik) angesetzt. Die Redaktion wird das Thema weiterverfolgen. Weitere Informationen zum aktuellen Anarchismus auf Kuba findet ihr in früheren Gaidao-Ausgaben.

I. Die Karibik war einer der auserwählten Schauplätze, in denen sich die sogenannte Moderne, diese explosive Mischung aus Kapitalismus und Staatlichkeit, der Welt ihre am wenigsten vorzeigbaren Seiten zeigte. Die andauernde Barbarei, aufgeteilt auf spanische, englische, französische, niederländische und andere imperialistische Akteure, bereitete den Raum für eine Jahrhunderte dauernde Wende zu einer Welt aus isolierten Inselbewohner*innen, die gehorsam gegenüber den Signalen aus den alten und den neuen kolonialen Metropolen sind und oftmals so weit kastriert wurden, dass ihnen die Fähigkeit fehlt, ohne bevormundende Vermittler*innen miteinander zu sprechen. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts brachte der Karibik die Leidenschaft zur Entkolonialisierung und der „souveränen Staaten“, die unterm Strich eine weitere Stufe der Isolierung bewirkte, welche scheinbar in den letzten Jahren abgeschwächt wurde durch Vereinigungen und Allianzen zwischen diversen karibischen Staaten. Nichtsdestotrotz ist das, was sie uns als „Einheit der Völker“ anbieten, eine Union der aktuell Regierenden. Bis auf seltene und wunderbare Gelegenheiten ist dies keine (und war es auch nie) Allianz von konkreter Brüderlichkeit, von Personen, die geeint sind in einem mühsamen Ideal von befriedendem Anti-Autoritarismus.

II. Wir, die Genoss*innen von Kiskeya Libertaria aus der dominikanischen Region und die vom Taller Libertario Alfredo López in Havan-

na, haben uns entschieden, unsere Anstrengungen zu vereinen, um eine Anarchistische Föderation der Karibik auszurufen, in der wir uns organisieren um hier und jetzt unsere Vorschläge zu vereinen: Für eine Gesellschaft, die auf den von uns gewünschten Prinzipien von Selbstverwaltung, freiwilliger Assoziation und gegenseitiger Hilfe basiert, und ohne alle sozialen Beziehungen, die auf Hierarchien, Autorität und Diskriminierung wie Staatlichkeit, Kapitalismus, Klassismus, Sexismus, Rassismus, Kolonialismus, Urbanismus, Industrialismus oder Akademikertum und einer Unmenge an mehr oder weniger institutionalisierten Erscheinungsformen von Macht auskommt. Dieser Verflechtung aus Herrschaftsformen wollen wir unsere Antwort aus gegenseitiger Hilfe, Selbstverwaltung und Solidarität mit einem klaren antiautoritären und libertären Geist entgegenstellen. Dieses föderative Projekt wird nicht von vornherein eine bestimmte Form des Anarchismus befördern, denn wir sehen den Anarchismus in keiner seiner Strömungen als ein Dogma an, sondern als eine Bewegung der Annäherung, des freien und eifrigen Lernens hin zu der Welt, die wir wollen, ohne Unterdrückung, ohne Ausbeutung, ohne heilige Autoritäten oder paralyisierende Befehle. In diesem Sinne wird sich die Föderation für Solidarität und Selbstbestimmung einsetzen und Projekte aufbauen, in denen Personen und Kollektive kooperieren, die sich selbst kohärent als „Anarchist*innen“ definieren, ferner auch mit denjenigen, die ohne ihren anarchistischen Lebensumstand an die große Glocke zu hängen, in jedem Umfeld in diesem brüderlichen und befreiendem Geiste täglich leben und so handeln, dass es weder Hirt*innen noch Herden, weder Dirigent*innen noch Dirigierte gibt.

III. Die Grenzen der Karibik zu definieren war von jeher ein mühseliges Definitionsproblem für etliche Sozialwissenschaften. Allerdings stellt dies für uns kein Problem dar, sondern eine Chance. Die Karibik besteht nicht nur aus ihren Inseln oder den angrenzenden Festland-



zu stärken“. Wobei sie selbst darauf hinweisen, dass eine regionale Föderation ein Mittel sein kann, dass „unsere Identität dynamisiert und stärkt (...) während wir mit den Füßen stets fest in der Realität verankert sind“. Welchen Sinn hat der Anarchismus in unserer Region? Was sind die Möglichkeiten? Was sind Grenzen und Schwierigkeiten? Das sind einige der Fragen, die uns unsere zentralamerikanischen Genoss*innen vor vier Jahren hinterlassen haben, und die in den lokalen Versammlungen miteinander besprochen werden könnten, als Ausgangspunkt für den erneuten Versuch einer regionalen Organisation. Das, wovon wir träumen, ist nicht begleitet vom Glanz „objektiver Bedingungen“, aber im Gegensatz zu anderen glauben wir nicht daran, dass die Verhandlung von verzerrten Fragmenten unserer Ideale oder das Ruhenlassen unserer Ideale für eine unbestimmte Zeit im Winterschlaf für bessere Momente, uns weiter brächte als das, was wir bereits kennen. Mit großer Wahrscheinlichkeit müssen wir uns Anstrengungen aller Art stellen, die sich in gegenseitige Zuneigung und Vertrauen verwandeln. Schlussendlich werden dies die stärksten Faktoren der Allianz, aus denen Verlässlichkeit für unserer föderatives Bestreben erwachsen kann.

Wir schlagen die Durchführung eines ersten konstituierenden Treffens der Anarchistischen Föderation der Karibik und Zentralamerikas (FACC) (provisorischer Name) von Individuen und „Delegierten“ von anarchistischen Kollektiven im März 2015 in der dominikanischen Region vor. Möge es der Startpunkt sein, um sich zu begegnen und die Aktionen, Ideen und den Input zu koordinieren, die sich aus den thematischen Dreh- und Angelpunkten der lokalen Kollektive ergeben.

gebieten, die Karibik existiert dort, wo diejenigen sind, denen Widersprüche und Ungleichheiten Schmerzen und Leiden bereiten. Aber sie ist auch dort, wo die Freund*innen und Genoss*innen sind, die ihre Ideen, ihre Gefühle und ihre Kämpfe teilen. Deshalb verpflichten wir, die wir die Anarchistische Föderation der Karibik aufleben lassen, uns dazu, die Einbindung der Genoss*innen aus Zentralamerika zu suchen, von wo im Jahr 2010 der erste föderative Impuls in Zentralamerika und der Karibik erwuchs - durch die Genoss*innen des Colectiva La Espiral und ihrer Zeitschrift „La Libertad“ in San José in Costa Rica.

Von ihnen müssen wir uns den Hinweis zu Herzen nehmen, dass es für einen föderalen, regionalen Prozess „wichtig ist, zuerst die lokalen Prozesse der Ausübung einer libertären Praxis und Mentalität



Antisemit, das geht nicht unter Menschen (II)

Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel lautet der Untertitel dieses Sammelbandes. Der erste Teil, der im vergangenen Jahr erschien, behandelte den Zeitraum von „Proudhon bis zur Staatsgründung“. Band 2 schließt nun die zeitliche Lücke, bis zur heutigen Zeit. Aus Platzgründen wurde auf Anmerkungen/Fußnoten verzichtet. Diese können jedoch im Einleitungstext des Buches nachgelesen werden.

★ von: Siegbert Wolf / Jürgen Mümken

„Die Grenzen meines Körpers sind die Grenzen meines Ichs. Die Hautoberfläche schließt mich ab gegen die fremde Welt: auf ihr darf ich, wenn ich Vertrauen haben soll, nur zu spüren bekommen, was ich spüren will.“ Hinter diesen kategorischen Imperativ des antinazistischen Widerstandskämpfers, gefolterten NS-Lagerhäftlings, Shoah-Überlebenden und Schriftstellers Jean Améry zurückzutreten, ist nach den schrecklichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts keine Option, sollen weitere Zivilisationsbrüche zukünftig dauerhaft verhindert werden. Die Singularität dieses antisemitisch-antizionistischen Massenverbrechens der Deutschen und Österreicher*innen, durch das sie ihre „Volksgemeinschaft“ realisierten, indem ein Drittel der Judenheit der Welt in den grausigsten Tod geschickt wurde, ist essentiell. Die „einzig denkbare Alternative“ nach 1945, so Hannah Arendt, „wäre eine Revolution gewesen - der Ausbruch einer spontanen Wut des deutschen Volkes gegen alle diejenigen, die als prominente Vertreter des Naziregimes bekannt waren. [...] Doch die Revolution blieb aus.“

II. Als die Überlebenden der Shoah nach der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus aus den NS-Lagern zurückkehrten, mussten sie erfahren, dass nichts anders war, dass die europäischen Gesellschaften mitnichten von einem tiefgreifenden Entsetzen gepackt waren, dass die Erfahrungen der Shoah marginal blieben und dass die Ideologie des Antisemitismus sowie die spezifischen Entstehungsbedingungen, die zur Shoah geführt hatten, weiter vorherrschten. Zusammenhang dies vor allem mit der Mitleidlosigkeit und Kälte, die die deutsche und österreichische Mehrheitsgesellschaft nicht ablegen wollten und die die Weiterexistenz des Antisemitismus nach 1945 er-

klärt. Bis heute sind die beiden Gesellschaften, die in den 1930er und 1940er Jahren als die Hauptverantwortlichen für die Ermordung von Millionen Jüdinnen und Juden gelten, nämlich Deutschland und Österreich, nicht in der Lage bzw. willens, auf gesellschaftlich erzeugten Antisemitismus und Antizionismus zu verzichten. Zwar trat die 68er-Linke an, „Faschismus“ ein für allemal zu verhindern. Allerdings führte dies, aufgrund einer verkürzten Analyse des Nationalsozialismus, dazu, dass sich auch die Nachkommen der NS-Täterschaft nur in Einzelfällen detailliert mit ihren eigenen Eltern und Großeltern beschäftigten und damit die Abwehr historischer Schuld fortsetzten. Um diese defizitäre Erinnerungskultur aufzufüllen, ist zweierlei vonnöten: die anhaltende Beschäftigung mit den Erinnerungen und Erfahrungen der Überlebenden der Shoah (Ruth Klüger, Anja Lundholm, Cordelia Edvardson, Jean Améry, Primo Levi, Imre Kertész, Aleksandar Tišma usw.) und weiter in unsere individuellen Herkunftsgeschichten vorzudringen, uns mit den ganz konkreten Greuelen unserer Vorfahren auseinanderzusetzen. Hinzu kommt: Infolge der grundlosen Vernichtung von Millionen Menschen durch den deutschen Nationalsozialismus gilt nicht länger, worauf auch eine libertäre, freiheitliche Linke bislang vertraute: dass gesellschaftliche Krisenlagen von Menschen und Institutionen befriedend gelöst werden können. Diese Zuversicht auf verankerte zivilisatorische Standards hat sich infolge der Shoah als Irrtum erwiesen. Längst reicht es nicht mehr aus, einer schlechten gesellschaftlichen Realität lediglich eine positive Utopie entgegenzusetzen. Eine anarchistische Linke sollte daher nicht darauf verzichten, ihre freiheitlichen Ansätze mit den Erfahrungen der Shoah reflexiv zu verbinden. Auch muss sie sich gewahr werden, dass der Antifaschismus für den Genozid an den Juden (und noch mehr für den an den



Ausweg aus dieser allgemeinen Misere, die Rebellion einer hungrigen Bevölkerung, ohne Brot, ohne Arbeit, ohne Dach – und bald auch ohne Gesundheit oder Bildung. Die Gerechtigkeit? Die haben wir vor langer Zeit verloren.

Was hindert uns, die Arbeitslosen, Studenten, Rentner, Immigranten, Bettler, Ausgebeutete, Opfer der Repression ... mit der Revolte zu beginnen? Was hindert uns daran, uns zu organisieren, um das System lahm zu legen, genauso wie es die Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihrem Recht auf Streik machen? Was hindert uns daran, neue Organisationen und Strukturen zu bilden, die es uns erlauben, uns als Gemeinschaft am Rande des Staates zu entwickeln? Es gibt nichts, das uns hindert. Wir sind von niemandem abhängig. Wir sind niemandem etwas schuldig. Niemand hindert uns daran, jetzt sofort aus dem Haus zu gehen und uns mit Leuten zu treffen, die wir kennen, und damit zu beginnen uns zu organisieren und die Strategien des Kampfes und der revolutionären direkten Aktionen durchzuführen, die den Streik ersetzen können. Niemand hindert die Arbeitslosen der unterschiedlichen Wirtschaftszweige, wie dem Gesundheitswesen, der Bildung, der Landwirtschaft, der Bauwirtschaft usw., daran damit zu beginnen ihre eigenen Strukturen der Bildung, Gesundheit und Ernährung aufzubauen. Absolut niemand hindert uns daran zu sagen „Basta! Schluss jetzt!“ Niemand kann uns aufhalten, wenn wir die Welt verändern wollen, die uns umgibt ... Das lehrt uns die Geschichte.

Die Rebellion ist der revolutionäre Streik einer Bevölkerung ohne Arbeit, die aber dafür kämpft, sie zu haben. Wir sind die Millionen Arbeitslose, die das System lahmlegen müssen, bis wir unseren Sieg erreicht haben. Wir sind diejenigen, die die Fabriken besetzen müssen, die Massenentlassungen vornehmen oder geschlossen werden. Wir sind diejenigen, die den Boden und die Gebäude des Staates und der Kirche besetzen müssen, um sie einer Nutzung zuzuführen, die unsere Bedürfnisse erfüllt ... Wir sind diejenigen, die das System ausgestoßen und vertrieben hat: Deshalb glauben wir an ein neues System, eine neue Welt, die eine wirkliche Antwort auf die Bedürfnisse der Menschen darstellt. Das aktuelle System leugnet die Menschen, die es aufrechterhalten und es dient nur den Bedürfnissen der Chef*innen, der Kirche, der Banken und des Staates, d. h. denjenigen, die keinen Nutzen für das System bringen.

Niemand wird uns das abnehmen. Nicht diejenigen, die herrschen, und nicht diejenigen, die herrschen wollen. Es ist die Herrschaft, die alle unsere Probleme verursacht. Die Herrschaft existiert nur in der Ungleichheit, im Zwang, in einer zweigeteilten Gesellschaft der wenigen, die aufrecht erhalten werden, und der vielen, die sie aufrecht erhalten. Die Herrschaft ist hingegen weder mit Gleichheit noch mit Horizontalität vereinbar. Denn wenn alle gleich sind, kann niemand einen höheren oder niedrigeren Status als jemand anderes erwerben. Es lebe der revolutionäre Kampf! Unterstützt die Arbeiterklasse beim Streik in eurer Region, eilt herbei und zeigt eure Solidarität mit den Arbeiter*innen, bildet Widerstandskassen und Unterstützungsgruppen, um die Wirkung des Streiks zu potenzieren, organisiert eure Nachbarschaft, um die Straßen zu blockieren und so viele Aktivitäten wie möglich lahmzulegen, und holt euch das zurück, was der Bevölkerung gehört, denn sie hat es geschaffen.

Nieder mit der Herrschaft! Denn seit tausenden Jahren hat es keine Herrschaft gegeben, die eine Gleichheit zwischen allen Individuen hätte herstellen können: nicht der Feudalismus, nicht die Monarchie, nicht die Republiken, nicht die Diktaturen und nicht die parlamentarischen Demokratien. Allein den revolutionären libertären Versuch ist es bislang gelungen, ein neues System zu schaffen, das auf Freiheit, Solidarität und gegenseitiger Hilfe basiert. Es ist die Geschichte selbst, die nach einer neuen Revolution von unten ruft.

„Tod der Herrschaft!“ rufen wir laut. Nur wenn die Herrschaft stirbt, kann die Menschheit geboren werden. Nieder mit der Herrschaft, dank Streik und Rebellion soll sie ganz darniederliegen und dank der Revolution endlich zugrunde gehen.

Weitere Informationen

Quelle:
<http://grupoanarquistasolidarios.blogspot.com.es/2014/09/huelga-rebelion.html>
(Spanisch)



graswurzel revolution Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft - seit 1972 -

GWR 393, Nov.: Massenmord. Oder: das Recht auf Bewegungsfreiheit; Schwerpunkt 1: Anarchie; Utopie gemeinsam solidarisch leben; Schwerpunkt 2: Gewaltfrei rebellieren; Nachrufe auf Oz, Bernd Kramer & Mani Stenner...

Probeheft kostenlos ; Abo: 30 Euro (10 €x.)
Bestellformular & Infos:
www.graswurzel.net/service/

Anarchie für eine bessere Zukunft

An besetzten Haus in Greifswald, Oktober 2014

Anzeige

über Länder wie den Iran. Lässt sich also sagen, dass es eine bedeutende Bewegung gegen die Regierung dort gibt? Aktuell, meine ich.

Die Situation im Iran ist, dass das Fass jeden Moment explodieren kann. Die Situation ist so unberechenbar, weil die Menschen derart unzufrieden sind. Und die ganze Propaganda, die du im Fernsehen siehst, wo Menschen den islamischen Staat unterstützen – sie oder bzw. die Mehrheit dieser Leute sind unschuldige afghanische Flüchtlinge, welche vom Staat gezwungen werden, ihre Solidarität mit dem Regime zu zeigen, weil sie sonst des Landes verwiesen würden. Da wir viele Millionen afghanische Flüchtlinge im Iran haben, setzt der Staat diese unschuldigen Leute gerade bei Wahlen ein oder wenn sie großen Fernsehsendern zeigen wollen, wie viel Unterstützung sie haben. Sie benutzen diese Menschen normalerweise um der ganzen Welt ein falsches Bild zu geben. Aber in der Realität kann ich dir einfach sagen, dass 80 % der Iraner*innen total unglücklich mit diesem brutalem Regime sind.

Ja, ja. Uns fehlen auf jeden Fall Informationen über dein Land. Daher ist jedes Wort, was du sagst, sehr wichtig für uns.

Ich verstehe, dass ein Problem für viele westliche Länder ist. Sie können wegen der Propaganda keine richtigen Informationen aus dem Iran bekommen.

Ich verstehe das Thema der Propaganda. Es gibt zwei Arten von Propaganda: Propaganda von der iranischen Regierung, aber auch die Propaganda von den westlichen Ländern, die eine andere ist...

Genau.

Ich mag sehr diese – was ist der Name von dieser iranischen Schriftstellerin, die sagte – ich weiß nicht mehr die genauen Worte, aber sie sagte etwa: „Es ist einfacher zwischen mir und dir zu kommunizieren, als zwischen dir und deiner Regierung und mir und meiner Regierung“.

Marjane Satrapi.

Ja, genau.

Ja, Marjane Satrapi ist eine großartige Filmemacherin. Sie verbrachte viel Zeit ihres Lebens in Frankreich. Sie machte auch den schönen Film Persepolis über die iranische Revolution. Aber sie ist nur eine der vielen iranischen Frauen, die auf diesem Gebiet aktiv sind. Wir haben eine Menge iranische Frauen, die Filme drehen, Gedichte schreiben oder als Schauspielerinnen aktiv sind. Und dann haben wir noch über 4 Millionen oder 5 Millionen Iraner*innen, die im Exil leben. Das ist die größte Anzahl von Iraner*innen, die das Land jemals verlassen mussten.

Ja, ja! Das ist eine ganz Menge - 4 oder 5 Millionen Menschen außerhalb vom Iran – das sind eine ganze Menge, ja. Eine andere Frage, die wir haben, ist über die Situation von Frauen und besonders die kreativen Frauen, wie diese Filmemacherinnen Künstlerinnen

im Iran. Wie ist ihre Situation? Von Frauen generell und besonders dieser Frauen?

Ja, ich sollte dir sagen, dass nach der islamischen Revolution die Situation von Frauen und Mädchen, selbst unter den anderen Teilen der Gesellschaft, die Schlimmste war, weil das islamische Regime mehr als alles andere Mädchen und Frauen anvisiert hat, denn wie du weißt stellen wir die Hälfte der Bevölkerung. Und aus diesem Grund wollten sie uns unterdrücken und zum Schweigen bringen. Sie zwangen uns Zuhause zu bleiben und nur einfach dem Regime zu gehorchen. Aber iranische Frauen haben dies niemals gemacht, sie haben dem islamischen Regime nie gehorcht, sie waren immer aktiv in der Gesellschaft. Und ich sollte auch dazu sagen, dass wir sogar mehr Studentinnen als Studenten haben. Das ist der Grund, warum das islamische Regime nie Erfolg damit hatte. Und das ist der Grund, warum wir Frauen weiterhin sehr aktiv in vielen Dingen sind, in den Bereichen der Literatur, der Poesie, als Künstlerinnen oder in anderen Bereichen.

So, Nicky, zum Schluss möchte ich dich noch Folgendes fragen: Was ist dein Eindruck von den westlichen anarchistischen, libertären Bewegungen und wie diese über Anarchist*innen im Iran oder andere islamische Länder denken?

Ja. Vielen Dank für diese Frage, das ist in der Tat eine sehr interessante Frage, weil wir Anarchist*innen aus dem Nahen Osten und aus der arabischen Welt sehr darunter leiden, dass wir von den westlichen Anarchist*innen im Stich gelassen werden. Weil wenn es beispielsweise um das Thema Palästina geht, dann siehst du, dass alle alle Anarchist*innen sie plötzlich unterstützen und wir unterstützen sie ja auch, wir lieben die Palästinenser*innen, wir sind immer für ein freies Palästina. Das Ding ist aber, dass es im Nahen Osten so viele andere Länder gibt, wo auch Menschen leiden, und dazu gehört auch insbesondere der Iran. Wir leiden schon seit drei Jahrzehnten unter der islamischen Regierung, unter Unterdrückung, Morden und Folter, Festnahmen und der Ermordung von Aktivist*innen und Anarchist*innen und allen irgendwie radikalen Linken. Und wir hoffen, dass dieses Interview dazu beiträgt, dass westliche Anarchist*innen damit anfangen, uns zu unterstützen.

Wir werden es versuchen. Ich hoffe es jedenfalls. Ich weiss nicht, ob wir so viele Zuhörer*innen haben. Aber zumindest ist es ein kleiner Schritt, richtig?

Ich danke dir sehr, vielen Dank!

Danke dir! Vielen Dank, dass du hier warst auf Furia de Radio, Nicky, und wir hoffen, dich hier noch einmal begrüßen zu können, okay?

Danke sehr und ich wünsche uns, dass wir einig sind und gewinnen.

ZUM ANHÖREN:

Das Interview gibt es in einer Version mit deutschem Voice-over beim Anarchistischen Radio Berlin zum Nachmittag als Teil des Libertären Podcasts mit dem Rückblick zum September: <http://radio.blogspot.de/2014/10/07/libertaerer-podcast-septemberrueckblick-2014/>



Der Anarchismus im Iran – Interview mit einer iranischen Anarchistin

Das folgende Interview wurde von den Leuten der anarchistischen Radiosendung „Furia de Radio“ aus Bilbao im Baskenland geführt. Das Anarchistische Radio Berlin transkribierte und übersetzte das Interview und stellte es uns zur Verfügung. Nicky Danesh ist eine iranische Anarchistin, die in Australien im Exil lebt.

★ von: Furia de Radio / Übersetzung: Anarchistisches Radio Berlin

Furia de Radio: Hallo Nicky. Wie geht es dir?

Nicky: Vielen Dank und danke dafür, dass ihr dieses Interview macht.

Danke, dass du hier mit uns bei Furia de Radio bist. Du bist also Anarchistin – eine iranische Anarchistin - und wir würden zuerst gerne wissen, wie es mit der anarchistischen Bewegung im Iran aussieht und auch mit den iranischen Menschen, die im Ausland leben. Kannst du bitte etwas darüber erzählen?

Die anarchistische Bewegung im Iran ist im Vergleich zu anderen Bewegungen wohl ein wenig jünger, aber was ich sagen kann ist, dass sie bereits vor der Revolution existiert hat. Aber gleich nach der islamischen Revolution, als sie diese Situation im Iran hergestellt haben, begann auch schon der Aufstand. Und dabei gab es eine Menge anarchistischer Student*innen, Schüler*innen und auch Arbeiter*innen, die ihre Rechte gefordert haben. Und natürlich ist das islamische Regime ein sehr brutales Regime, das die Menschen nicht so einfach für ihre Rechte kämpfen lässt.

Du hast gesagt, dass die Anarchist*innen besonders unter den Student*innen der Universität zu finden sind, richtig?

Ja.

Und gibt es auch in den Gewerkschaften diese Ideen --- ich meine, haben auch einige der Arbeiter*innen diese libertären Ideen, anarchistische oder so etwas?

Ja, es gibt diese auch in der Arbeiterschaft. Denn die Arbeiter*innen lei-

den besonders unter dem islamischen Regime, weil sie nicht einmal ihr Gehalt regelmäßig bekommen. Vielleicht alle 6 Monate oder ein Jahr später. Und als Resultat davon haben die Menschen angefangen, sich selbst zu organisieren. Das ist wie ein selbst gewachsener Anarchismus zwischen den verschiedenen Schichten der Gesellschaft, wo eben Schüler*innen, Student*innen und sogar Arbeiter*innen dabei sind. Es ist wie ein selbstentwickelter Anarchismus.

Wie ist denn die Antwort der Regierung auf die Menschen, die demonstrieren? Was macht die Regierung mit diesen Leuten?

Der größte Aufstand nach der islamischen Revolution fand tatsächlich vor 5 Jahren statt, das war noch vor ägyptischen Aufstand, der ägyptischen Revolution. Die ägyptische Revolution fand 2 Jahre danach statt oder 2 bis 3 Jahre danach. Davor waren also bereits Millionen von Iraner*innen auf die Straße gegangen, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Und darunter gab es eine Menge Anarchist*innen. Und deswegen wurde dies schnell zu einer Massenbewegung im Iran zu jener Zeit. Auch weil das islamische Regime sehr geschockt war sie nicht glauben konnten, dass so viele Menschen auf die Straßen gegangen sind. Deswegen haben sie dann eine gigantische Repression gefahren, die sehr brutal war. Sie haben Menschen festgenommen, sie gefoltert und die ganze wunderbare junge Generation ins Gefängnis gebracht. Sie haben sogar unsere jungen Menschen vergewaltigt, unsere junge Generation, mit einer zerbrochenen Flasche und am nächsten Tag haben sie die Körper ihren Müttern und Vätern wiedergegeben. In den darauffolgenden Monaten machte sich Angst breit in der Gesellschaft. Aber dann fing die Menschen wieder an, auf die Straße zu gehen – wieder und immer wieder.

Hier in den westlichen Ländern mangelt es uns an Informationen



Streik? Rebellion!

Der Streik und nicht der Wahlakt ist der mächtigste Mechanismus des sozialen Wandels gewesen. Und während wir aktuell an einem Punkt angekommen sind, an dem ein Teil der Arbeiterklasse einen Streik mit einer abendlichen Demonstration verwechselt, bleibt der Streik, mit Überzeugung und Entschlossenheit umgesetzt, das Hauptwerkzeug der Arbeiterklasse.

★ Grupo Anarquista Los Solidarios (Spanien) / Übersetzung: G.N.

Wir sind es leid immer wieder – und auch wenn ein Generalstreik näher rückt – Phrasen wie diese zu hören: „Streiken bringt nichts, morgen stehen wir genauso da.“ Und in der Tat bringen diese kleinen Spaziergänge der bürgerlichen Gewerkschaften, diese Höllenbrut, die sich an die Chefs verkauft – UGT, CCOO, SAT, USO, CGT, und wir immer man sie nennen will – herzlich wenig, wenn sie den Kampf und die direkte Aktion mit Fotos ersetzen, auf denen sie Banner halten. Aber wir wissen, dass das kein Streik ist: Der Streik muss das normale Funktionieren des Systems lahmlegen: auf der territorialen Ebene (landesweite Streiks), auf der Unternehmens-Ebene (Streiks in einem Wirtschaftsbereich) oder auf lokaler Ebene (Streiks in konkreten Betrieben und nicht auf einen Wirtschaftszweig ausgedehnt). Die Reichweite hängt dabei immer von Gegner ab, dem man gegenüber steht: dem Chef, der zu Verbesserungen oder zum Verzicht auf Entlassungen aufgefordert wird, oder dem Staat, wenn man sich gegen gesetzliche Veränderungen im Arbeitsbereich einsetzt.

Aber diese kleinen Spaziergänge, diese sogenannten „Generalstreiks“, spielen eine absolut untergeordnete Rolle, wenn es um die Ansprüche und Ziele der Arbeiterklasse und der Unterdrückten geht. Ein wahrhafter und konsequent durchgeführter Streik führt am Ende fast immer dazu, dass die kämpfenden Arbeiter*innen ihre Ziele erreichen. Ein Beispiel haben wir mit den Arbeiter*innen der Entsorgung- und Reinigungsdienste in der Stadt Lugo, die in einer Versammlung entschieden haben, dass sie einen Streik beginnen, der erst beendet wird, wenn sie ihre Ziele erreicht haben, dass ihre Kollegen nicht auf die Straße geworfen werden und sie eine Reihe von Verbesserungen bei der Arbeit und der Bezahlung erhalten. Dieser Sieg wurde nach nicht weniger als 59 Tagen des Streiks und des Kampfes erreicht. Jetzt stellen wir uns vor, dass dieser Stillstand bei der Entsorgung des Mülls in anderen Unternehmen der gleichen Branche auf eine bedingungs-

lose Unterstützung trifft und sie ebenfalls den Streik ausrufen. Jetzt strengen wir uns noch mehr an und stellen uns vor, dass es an jedem Ort, an dem es Versorgungs- und Reinigungsunternehmen gibt, sich die Arbeiterinnen und Arbeiter der anderen Branchen solidarisieren und ebenfalls in den Streik treten, um die Arbeitsbedingungen und die Löhne in allen bestreikten Branchen zu verbessern. Wahrscheinlich hätte die Arbeiterklasse ihre Ziele nach einer Woche erreicht. Es gibt keinen Zweifel daran, dass sich das gesamte System der Ausbeutung und der Ungleichheiten auf die Arbeiterklasse, auf uns alle, stützt. Wenn wir dem System ein Stoß versetzen, beginnt es zu wanken ... Lasst es komplett auf dem Gleichgewicht bringen, auf das es vollständig einstürzt! Aber wie? Ein Streik, der mit all seinen Konsequenzen bis zum Ende durchgeführt wird, hat enorme Möglichkeiten für den Sieg der Arbeiterklasse, das ist klar. Aber was ist die Rolle der Arbeitslosen und der Jugend ohne Zukunft? Es besteht kein Zweifel: die Transformation eines Arbeitsstreiks in einen revolutionären Streik. Es sind die revolutionären Streiks, die uns die großen Veränderungen der Arbeit und des Systems ermöglichen. Vergessen wir z. B. nicht, dass der 8-Stunden-Tag in Spanien aus einem revolutionären Streik hervorging, in dem die Arbeiterklasse auch von der Bevölkerung unterstützt wurde. Die Produktion in den Fabriken wurde lahmgelegt und es wurden Widerstandskassen geschaffen, die den Arbeiter*innen die Macht gaben, bis zum Sieg zu kämpfen.

Jetzt allerdings ist die Zeit der arbeitslosen Arbeiter und der Jugend gekommen, die die neue Zukunft aufbauen müssen. Ja, wir sind Millionen Menschen ohne Arbeit, Millionen Menschen, die keinen Arbeitskampf durchführen können – schlicht und einfach deswegen, weil wir keine Arbeit haben. Nein, die Arbeitslosen und die ausgebeutete Jugend können keinen Streik machen. Es gibt für uns also kein anderes Mittel als zu rebellieren. Die Rebellion ist unser einziger

Inländer*innen ein Vorrecht auf Leistungen des Staates; staatliche Leistungen für Ausländer*innen werden als mit Vorbehalt bedachter Akt der Großzügigkeit betrachtet.

Diese Ideologien teilen moderate Nationalist*innen, also Patriot*innen, wie radikale Nationalist*innen. Sie unterscheiden sich vor allem darin, welchen Stellenwert sie den privaten gegenüber den nationalen Interessen zurechnen und andererseits damit verbunden inwieweit sie „andere Werte“ wie Pluralismus und Toleranz gelten lassen. Wo du qualitativ zwei verschiedene Sachen ausmachen willst, handelt es sich um einen Übergang innerhalb der Vorstellung der arbeitsteiligen Gemeinschaft Nation: Einmal werden die privaten Interessen, also das Schauen auf das eigene Wohl, anerkannt, ohne dass damit die Notwendigkeit des opferbereiten Einbringens für die Nation durchgestrichen wäre. Beim radikaleren Nationalismus bis hin zum Faschismus wird die Nation als das Ein-und-Alles gesehen; sämtliche Interessen sind nur berechtigt, soweit sie ihr dienen. Daraus folgt, dass gegen die, die als Schaden für die Nation ausgemacht werden, rücksichtslos durchgegriffen werden muss.

Ein radikaler Nationalismus ist also tatsächlich nicht vereinbar mit Pluralismus und Toleranz. Mit ihm wird anhand des Maßstabs Dienst-an-der-Nation beurteilt, was bzw. wer erwünscht ist und wer nicht. Verkehrt ist allerdings die Ansicht, dass zum moderaten Nationalismus Pluralismus und Toleranz dazugehören. Sie stehen als Maximen neben dem so „gebändigtem“ Nationalismus. Das zeigt sich daran, dass der Staat sie immer wieder predigen und zum Lernprogramm machen muss. Denn einerseits will der Staat Parteilichkeit für die Nation und die Vorstellung von der Selbstverständlichkeit des Dienstes ihr. Andererseits ist ihm der radikale Übergang zu (gewalttätigem) Rassismus unerwünscht: mit ihm wird nicht nur das staatliche Gewaltmonopol verletzt, er ist außerdem ein Schaden für das Ansehen des Landes und für das Funktionieren der Gesellschaft, insofern auch die vom Staat geduldeten Ausländer*innen ihren Dienst an Kapital und Gemeinwesen erfüllen sollen.

Aus dem Bisherigen geht hervor, dass in den herrschenden Debatten Nationalismus nicht in seinem Inhalt gefasst werden kann, denn damit würde gerade die herrschaftlich erwünschte – weil zum Mitmachen bei Kapitalismus und Nation passende Geisteshaltung – kritisiert. Das ist These in dem Artikel, von der aus wiederum zusammenfassend thematisiert wird, wie dazu die Wissenschaft Psychologie passt; nämlich indem sie ausgerechnet von dem absieht, was vor allem enttäuschte Anhänger*innen der nationalen Gemeinschaft antreibt, wenn sie den unerwünschten radikal-nationalen Übergang

in Wort und Tat zu abnormen psychischen Mechanismen verklärt.

Dein Einspruch, dass doch gerade Patriot*innen auch mal aktiv-bar gegen Fremdenhass sind, scheint oberflächlich besehen gegen die Gemeinsamkeit von Patriotismus und Nationalismus zu sprechen. Die patriotische Geisteshaltung in ihren Überzeugungen betrachtet macht aber klar, dass es kein Widerspruch ist, dass moderate Nationalist*innen unter anderem aus Sorge um das Ansehen ihrer Heimat, sei es der Ort, die Region oder das Land, gegen den Fremdenhass der radikalen Nationalist*innen aktiv werden können. Es handelt sich eben um einen Übergang, wenn aus der vaterlands-bejahenden Einstellung der Schluss gezogen wird, dass nicht ausreichend gegen die „Schädlinge“ der Nation durchgegriffen wird. Dieser Übergang ist nicht notwendig und wird nicht von allen Leuten gemacht. Kommen Leute aber zu diesem Schluss, z.B. weil sie die Härten der doch eigentlich lohnversprechenden Gemeinschaft in ihren eigenen Existenzbedingungen registrieren, dann wird aus Festhalten an der Nation und dem, was mensch sich darüber denkt, die Suche nach Schuldigen. Die Ablehnung der nicht-Dazugehörigen ist die andere Seite der Medaille der Bejahung der Nation.

Das ist der zweite Grund, warum wir gegen jeglichen Patriotismus agitieren. Der erste ist, dass er die Unterordnung und den Dienst an einem Kollektiv fordert, das objektiv besehen zu was völlig anderem da ist, als Leuten, die sich für „ihr“ Land aufgeopfert haben, einen „gerechten“ Lohn zu bieten, geschweige denn Leuten ein angenehmes Leben zu bereiten. Staaten verschreiben sich der kapitalistischen Ökonomie, dazu nehmen sie Land und Leute in Dienst. Darüber kommen so absurde Resultate raus, wie dass die Fähigkeit, mit immer weniger Aufwand immer mehr an Sachen zu produzieren, zu Massenentlassungen und Armut von Leuten gerade auch in den Gewinnerländern der Konkurrenz führt. Wenn dieser Irrsinn endlich ein Ende haben soll, müssen Leute, die dabei aus patriotischer Überzeugung mitmachen, über die Verhältnisse aufgeklärt und von ihrem Patriotismus abgebracht werden. Darum geht es uns. Dafür halten wir bürgerliche Bündnisse gegen Fremdenfeindlichkeit wenig geeignet, denn in denen geht es auch immer um die Selbstbestätigung als ihrem löblichen Gemeinwesen verantwortungsvoll zugewandten Bürger*innen. Gegen die Abwehr von Nazis, die z.B. Stadtviertel zur „ausländer-freien Zone“ machen wollen, kann Aktivität in diesen Bündnissen allerdings sinnvoll sein, dann aber bitte ohne dass mensch dort Leute in ihrem Patriotismus für Mitarbeit gewinnen will. Denn diese Geisteshaltung ist der Boden, aus dem der Fremdenhass hervorgeht.



Advertisement for 'Direkte Aktion' magazine, featuring the headline 'Wer gibt den Ton an?' and 'Aktueller Schwerpunkt: Machtfrage in Betrieb und Gesellschaft'.

Advertisement for 'Kaffeekollektiv Aroma Zapatista eG', promoting 'Solidarischer Handel mit zapatistischem Kaffee' and including the website 'www.aroma-zapatista.de'.



Eine Antwort auf den Artikel "Gegen den Isolationismus der Gruppen gegen Kapital und Nation"

Nachdem in der Septembarausgabe der Gaidao (Nr. 45) der Artikel „Zur Psychologisierung von Nationalismus“ von den Gruppen gegen Kapital und Nation veröffentlicht wurde, erschien in der Oktoberausgabe (Nr. 46) unter dem Titel „Gegen den Isolationismus der Gruppen gegen Kapital und Nation“ eine Erwiderung. Im folgenden Artikel gehen die Gruppen gegen Kapital und Nation auf diese Erwiderung ein.

★ von: Gruppen gegen Kapital und Nation

Wertes Alt-Anarchist,

im Folgenden wollen wir auf deinen Leserbrief zum Artikel „Zur Psychologisierung von Nationalismus“ eingehen.

Du bezweifelst die in dem Artikel behauptete Gemeinsamkeit von Patriotismus und Nationalismus. Im Artikel steht, dass Nationalismus der gesteigerte oder radikalisierte Patriotismus sei; dagegen meinst du, da gibt es qualitative Unterschiede. Nationalist*innen identifizieren sich komplett mit der Nation als Ersatz für ein eigenes Selbstbewusstsein, Patriot*innen identifizieren sich mit dem Guten der Nation und sind zugleich Gegner*innen derselben, z.B. wo Fremdenhass sein hässliches Gesicht zeigt. Zu diesen Punkten ausführlich siehe unten. Zuerst wollen wir auf ein Argument eingehen, mit dem du deine Position untermauerst, und das bereits im Titel anklingt, in dem du ankündigst, „gegen den Isolationismus der Gruppen gegen Kapital und Nation“ zu schreiben.

Zitat aus deinem Brief: [...] wir sollen also ernsthaft patriotische Menschen, die Goethe, Schiller und Mathias Claudius schätzen, den Nationalsozialismus aber ablehnen und besorgt sind über eine Entwicklung ihrer Nation zu einem neuerlichen Faschismus oder Nationalsozialismus, gegen die Nazis mobilisieren, indem wir ihren Patriotismus mit dem Nationalismus der Nazis gleichsetzen? Wie soll ein breites gesellschaftliches Bündnis im Sinne des Antifaschismus von Anarchist*innen über Die Linke, SPD bis zur Jungen Union möglich werden, wenn wir unseren Verbündeten unterstellen, als Patrioten nur verlogene Nazis zu sein, die es lediglich aus vielerlei Gründen

nicht wagen, ihren Hass auf Ausländer und Inländer anderer Nation und Herkunft auszuleben? Diese Analyse läßt keine Bündnismöglichkeit offen und führt zur völligen gesellschaftlichen Isolation des Anarchismus.“

Daraus wird deutlich, dass uns ein zentraler Punkt trennt. Du hast das Ziel von breiten antifaschistischen Bündnissen von Anarchist*innen bis zur Jungen Union, also der Jugendorganisation der Partei CDU. Als antifaschistisches Mittel siehst du die Zusammenarbeit mit linken Organisationen und bürgerlichen Parteien bis zum konservativen Spektrum. Das Seltsame ist, dass du uns dieses Anliegen als Argument gegen unsere Analyse präsentierst: Wenn unsere Analyse (so zusammenfassend die in den zwei Absätzen wiedergegeben ist) des Nationalismus zutrifft, dann wird es nichts mit breiten Bündnissen und folglich deines Erachtens auch nichts mit dem Antifaschismus, wie du ihn dir vorstellst. Unter anderem deswegen sei unsere Analyse falsch oder zumindest unbrauchbar.

Damit setzt du ein praktisches politisches Interesse voraus, von dem aus du unseren Artikel begutachtest. Zum ersten geht dieses Argument der häufigen Bündnisse ins Leere, da wir dein Interesse aus bestimmten Gründen nicht teilen, wie im Folgenden noch klar werden soll. Zum zweiten ist für die Auseinandersetzung zwischen uns zentral, dass wir uns mit diesen unterschiedlichen Voraussetzungen gar nicht einig werden können. Solange dir wichtig ist, dich mit deinen politischen Ansichten nicht zu „isolieren“, also anschlussfähig bleiben willst, muss auch der Patriotismus, an den du anknüpfen willst, noch irgendwas Gutes haben. Für dich stünde immer schon die

Trennung von Nationalismus und Patriotismus fest, da du mit Leuten aus dem Parteienspektrum gerade in ihrem Patriotismus gemeinsame Sache gegen Nationalist*innen machen willst, auch wenn dich dann andere Überzeugungen von den Patriot*innen trennen mögen.

Unser Ziel ist nicht, „ernsthaft patriotische Menschen, die Goethe, Schiller und Mathias Claudius schätzen, den Nationalsozialismus aber ablehnen“ gegen Nazis zu mobilisieren. Unser Ziel ist, Leute davon zu überzeugen, dass Nation bedeutet, dass Menschen staatlicher Herrschaft untergeordnet sind, dass diese die Leute in knallharte Konkurrenz bringen – sowohl die Leute in den Ländern untereinander als auch letztere untereinander – und dass es dabei um die Nation als Standort zur möglichst profitablen Kapitalverwertung geht, was ziemlich schlecht für die Leute ist. Sich positiv zur Nation zu stellen und dieses unvernünftige Zwangskollektiv zu seiner Sache zu erklären, ist also ganz prinzipiell eine Idiotie, insofern kritisieren wir jeden Patriotismus.

Diese und andere Ansichten haben wir nicht danach ausgewählt, ob sie uns bündnisfähig machen oder nicht. Wir halten sie ganz unabsichtlich für zutreffende Bestimmungen der Verhältnisse. Aus ihnen ergibt sich für uns die praktische politische Aktivität, z.B. das Eingehen oder nicht-Eingehen von Bündnissen. Das Umgekehrte, die praktische politische Aktivität als gesetzt zu nehmen und davon gesellschaftliche Analysen abhängig zu machen, ist verkehrt. Wenn vorher schon feststeht, was man doch irgendwie für gut befinden muss im demokratisch regierten Kapitalismus, damit man sich nicht isoliert, wird Theorie zum taktischen Mittel. Das ist für linke Politik deswegen schlecht, weil man nur mit einem richtigen Verständnis von dem, womit man es zu tun hat, effektiv Veränderungen bewirken kann.

Die Behauptung in unserem Text ist, das, was Nationalist*innen vertreten und Faschist*innen zum rücksichtslosen politischen Programm machen, geht aus der patriotischen Einstellung hervor. Du behauptest dagegen, dass Patriotismus mit demokratischen Werten wie Toleranz und Pluralismus praktisch andere Resultate zeitigt, also doch auch eine gute Sache wäre. Soweit stimmt es, tatsächlich gibt es die Bejahung der Nation auch ohne rassistische Übergriffe: Tausende von Fußballfans schauen sich WM-Spiele an, feiern sich dabei selbstbewusst als Volk und bejahen so die Verhältnisse, die sie am nächsten Tag vor das Problem stellen, wieder fit bei der kaputtmachenden Arbeit zu sein – all das ohne gewalttätig zu werden gegen Ausländer*innen. Wenn ausländische Spieler*innen in der deutschen Nationalmannschaft ordentliche Leistung bringen, werden sie dort sogar als ordentlich leistungsbringende Ausländer*innen gewürdigt. Nur heißt das nicht, dass die Überzeugungen, mit denen Rechte auf die „Schädlinge“ der Nation losgehen, vom Ausgangspunkt nicht auch die Liebe zur Nation haben, die Patriotismus ausmacht. Das wird auch daran erkenntlich, dass man jemanden die Liebe zur Nation vorhalten kann, um sie*ihn zum Einsatz gegen „Schädlinge“ der Nation zu bewegen.

Die Befürworter*innen „ihrer“ Nation nehmen Nationalität als quasi-natürliche Eigenschaft der Menschen. Der Staat, der den wirklichen

Zusammenhang zwischen den Angehörigen einer Nation durch die Unterordnung unter seine Gewalt erst schafft, sei die politische Realisierung des Volkes. Entsprechend werden Volk und Staat als Einheit gesehen. Das „Wir“, das mensch in öffentlichen wie privaten Stellungnahmen zu allen möglichen gesellschaftlichen Vorgängen vernimmt, ist genau das: die Idee der selbstverständlichen und bejahenswerten Einheit von Volk und Herrschaft. Anders als durch die Ideologie der vorstaatlichen Nationalität kann man auch kaum darauf kommen, das Kollektiv, zu dem zufällig irgendwo geborene Menschen per Herrschaftsakt zugeordnet werden, für eine ausgezeichnete Schicksalsgemeinschaft zu halten.

Dieses „Wir“ ist dabei Ausgangspunkt, das sich in den jeweiligen Ideologien die Rechtfertigungen z.B. über Abstammung, Kultur oder Sprache sucht – Rasse hat dahingehend zumeist ausgedient. Du schreibst, dass wir erstmal hätten untersuchen müssen, „ob sich das nationale Verständnis der Bundesrepublik, der Schweiz, Österreich oder der in diesem Raum lebenden nationalen Minderheiten sowie nationalen Volksgruppen ohne Staat an einer Definition der Nation über die Abstammung orientiert oder nicht“. Andersfalls sei das mit der Vaterlandsliebe nicht so schlimm und diese wahrscheinlich nicht so rassistisch. Damit verkennt du den Stellenwert des „nationalen Verständnisses“, also dem, was sich Leute heranziehen um „ihre“ Nation als naturgebene und lobenswert hinzustellen. Es ist nicht so, dass erst eine Prüfung stattfände, was die Menschen im Volk denn eigentlich eint, oder von deren Ergebnis gar die Zustimmung zur Nation abhängig gemacht würde. Deutsch- oder was-auch-immer-sein und dass das ne tolle Sache ist steht fest und sucht sich Rechtfertigungen. Die Ideologien von gemeinsamer Kultur usw. lassen sich entsprechend zumeist leicht als verkehrt nachweisen – das interessiert jedoch kaum eine*n Nationalist*in. Auch die rassistische Sortierung wird nicht abhängig gemacht von der ideologischen Rechtfertigung; diese sind stattdessen herangezogene Begründungen für ein Sortierungsprogramm, das sich aus anderen Kalkulationen ergibt. (Das heißt nicht, dass man es sich sparen kann, nationalistische und rassistische Ideologien zu widerlegen. Nur ist es ein Fehler zu meinen, dass sich Nationalismus und Rassismus aus den diesen ergeben oder grundlegend von ihnen abhängig wären. Das Umgekehrte ist der Fall.)

Die nationale Gemeinschaft ist der nationalistischen Ideologie zufolge eine große Arbeitsteilung. Zu dieser müsse jede*r ihren Teil beitragen, was bedeutet, Opfer zu bringen. Darin ist die nationale Moral angelegt, jede und jeden danach zu beurteilen, inwieweit er*sie ein Teil zum großen Ganzen beiträgt. Ein Großteil der Skandalmeldungen in den Medien drehen sich daher um das Vergehen an dem nationalen Wohl, wenn Leute – gar noch unter Ausnutzung anderer fleißiger und ehrlicher Bürger*innen – nur an das eigene Wohl und nicht an das „große Ganze“ gedacht haben. Passend zur Ideologie der naturgegebenen Nation und der Realisierung des Volkes durch den Staat steht eine Sache erstmal fest: Ausländer*innen gehören woanders hin, d.h. stehen tendenziell immer unter Verdacht, sich nicht für das ihr „fremde“ nationale Kollektiv einzubringen, wie das für das Land wünschenswert wäre. Prinzipiell haben außerdem